

Christ und Sozialist

Blätter der Gemeinschaft

für Christentum und Sozialismus

Bund der Religiösen Sozialisten Deutschlands e.V.

4/IV. Vierteljahr 1977

Inhalt

Reinhard Gaede:

Weg nach Bethlehem · Eine Weihnachtspredigt

Johannes Harder:

Religiöser Sozialismus zwischen Kirche und Partei

Günter Ewald:

Rudi Dutschkes Weg zwischen Christlichem Glauben und Materialismus

Siegfried Katterle:

Arbeitslosigkeit – ein Zustand, an den wir uns gewöhnen müssen?

Bundesnachrichten

Bericht des Bundes Christlicher Sozialdemokraten Schwedens

Stellungnahme der Bochumer Gruppe der Gemeinschaft für Christentum und Sozialismus – Bund der Religiösen Sozialisten Deutschlands e. V. zur Erklärung des Rates der EKD über Terrorismus

Spendenaufruf zur Finanzierung dieser Zeitschrift

Buchbesprechungen/Buchanzeige

Heiler: Die Frau in den Religionen der Menschheit (Röhr)

Gaede: Kirche – Christen – Krieg und Frieden (Röhr)

Wallraff: Der Aufmacher (Grudszus)

Ewald (Hg): Religiöser Sozialismus

Autoren dieses Heftes

Herausgegeben vom Geschäftsführenden Präsidium der Gemeinschaft für Christentum und Sozialismus, Bund der Religiösen Sozialisten Deutschlands e. V.:
Günter Ewald, Jürgen Finnern, Siegfried Katterle

Redaktion: Günter Ewald, Jürgen Finnern, Gerrit Funke, Reinhard Gaede, Walter Grudszus, Siegfried Katterle (verantw.), Heinz Röhr, Bruno Schmidt.

Redaktionsadresse: Siegfried Katterle, Eisenstraße 6, 4800 Bielefeld 14, Telefon 0521/443045

Versand: Jürgen Finnern, Jakob-Kaiser-Straße 4a, 4800 Bielefeld 1, Telefon 0521/100937
Bezugspreis jährlich DM 15,- zuzüglich Versandkosten.
Zahlungen an Gemeinschaft für Christentum und Sozialismus, Bund der Religiösen Sozialisten Deutschlands e. V., Postscheckkonto Dortmund 1893 89-464
Erscheint vierteljährlich.

Reinhard Gaede

WEG NACH BETHLEHEM. EINE WEIHNACHTSPREDIGT ÜBER LUKAS 2,8 - 14

Die Weihnachtsgeschichte ist uns altvertraut. Jeder hat seine Erinnerungen an frühere Weihnachtsfeste. Trotzdem hören wir die Geschichte wieder, denn es geht um Weihnachten heute. Da genügen nicht Reisen in die Vergangenheit. Es genügen nicht Erinnerungen. Es genügt auch nicht die Reise nach Israel; dort findet man nur noch einen Stern und den Hinweis: "Hier wurde Jesus der Christus geboren von der Jungfrau Maria". Wir müssen die Weihnachtsgeschichte noch einmal hören für uns in diesem Jahr und selbst den Punkt finden, an dem wir vorkommen in dieser Weihnachtsgeschichte. Wir fangen nun an:

Es begab sich zu der Zeit, daß in Amerika die ~~Kra~~ Carter mit einer Kampagne für die Menschenrechte begann, während Politiker in der Bundesrepublik Chiles Diktatur für notwendig erklärten, während in Moskau 38 Dissidenten verhaftet wurden; zur selben Zeit als der Ägyptische Präsident Sadat im Parlament des Landes Israel, mit dem er sich im Krieg befand, eine Friedensrede hielt und von seinen Verbündeten des Verrats bezichtigt wurde; zur selben Zeit als die Vereinten Nationen den Tod des südafrikanischen Bürgerrechtskämpfers Steve Biko als Mord bezeichneten; zur selben Zeit, als drei der fünf Erdteile der bisher schlimmsten Hungerkatastrophe entgegengingen, während die zwei reichen ihnen Almosen zuwarfen und froh waren, selbst satt zu sein; zur selben Zeit, als die Menschen die Planeten umrundeten, während sie die Umweltschutzbedingungen auf dem Planeten Erde noch nicht geklärt hatten, -

zu dieser Zeit begab es sich, daß Gott auf dieser Erde immer noch ebensoviel Platz fand wie damals in der Herberge von Bethlehem, nämlich keinen. Oder genauer: Nur einen provisorischen. Er wurde an eine Stelle plaziert, wo er eigentlich nicht hingehörte; so wie man eben auch eine Futterkrippe nimmt, wenn kein Kinderbettchen vorhanden ist. So kam es, daß für die *Liebe* immer weniger Platz blieb und immer weniger Platz für das *Mitleid* und immer weniger Platz für die *Menschlichkeit*. Und die Menschen begannen in dieser Zeit einander zu has-sen, weil sie sich fürchteten.

Mitten in dieser Welt aber redete Gott weiter und sprach zu ihr durch viele Boten auf verschiedene Weise immer in diesem Sinne: Fürchtet

euch nicht! Ihr sollt atmen können und andere auch atmen lassen, weil ich euch leben und atmen lasse. Denn so spricht Gott: Ich habe euch, die ihr euch fürchtet und einander haßt, gleichermaßen lieb. Ich liebe die armen Kontinente und auch die reichen, die Ausgebeuteten, aber auch die Ausbeuter. Die Hirten liebe ich und den Herodes. Aber den Hirten und den Armen sage ich es zuerst, weil ich hoffe, daß sie die göttliche Liebe eher verstehen. Und zu Herodes und anderen Diktatoren spreche ich in Gerichten, damit sie lernen, den Geboten der Gerechtigkeit und des Friedens zu gehorchen. Und es gilt der Grundsatz: Gott sucht und liebt die Sündigen, aber ihre Sündentaten verurteilt er.

So endet die Weihnachtsgeschichte heute mit einer Frage an uns: Wollen wir der göttlichen Liebe in unserer Welt Platz geben? Wollen wir Gott Raum in unserer Herberge geben? Der Name des Kindes in der Krippe ist Jesus, das heißt zu deutsch: Gott hilft.

Wollen wir uns helfen lassen? Auf diese Frage verhalten die Menschen sich schwankend. Und deshalb ist die Weihnachtsgeschichte heute noch eine Geschichte mit doppeltem Ausgang. Der Weg zum bösen Ende begann so, daß manche sprachen: Laßt uns nicht nach Bethlehem gehen! Was wird dort schon los sein? Und so blieben sie auf dem freien Feld. Die Reichen blieben auf ihrem Geld sitzen, und die Armen blieben bei ihrem Haß. Und sie versäumten das Heil. Die Engel sangen ihnen nicht, und der Himmel blieb ihnen verschlossen. Und sie gingen elend zugrunde mitsamt ihrem Reichtum und in ihrem Haß.

Es waren aber auch Menschen, die suchten Bethlehem und das Christkind, weil sie wußten, es ist keine Mumie, sondern es lebt und ist zu finden. Und sie wußten: Die Ereignisse von Bethlehem sind für uns geschehen. Deshalb liegt dieser ferne Ort für uns so nah.

Margarete Kubelka: Weihnachten

Bethlehem liegt nicht im Morgenland./ Es liegt in New York. In Berlin. In Civita Vecchia./ Oder in Heidenheim an der Brenz. Das Kind, /Das geboren werden soll, /Wartet auf seine Krippe. Der Mann soll sie ihm bauen, /Der gestern seinen Sohn verloren hat. Die Frau, /Die abends immer so müde ist. /Der Junge, /Der im Rechnen eine Fünf geschrieben hat. Ochs und Esel sind lange tot. /Der Hund wird sie vertreten, Den sein Herr geschlagen hat. /Und der Goldfisch, dessen Welt aus gläsernen Wänden besteht. /Sie alle werden dem Kind

ihre Gaben bringen: /Den Rauch ihres mühseligen Atems, /Die Myrrhe der tausend Vergeblichkeiten, /das Gold ihrer unnützen Träume. /Der Friede, /Den der Engel verheißen hat, /wird sie speisen und tränken/ Für den langen Weg.

(Aus: Gott im Gedicht, Hg. Detlev Block, H. Reich-Verlag, Hamburg 1976)

Und die Weihnachtsgeschichte von uns? Sie müßte unsere Antwort auf die Ereignisse von Bethlehem enthalten. Wir müssen sie zu Ende erzählen: Und es waren Menschen in der Kirche beim Weihnachts-Gottesdienst, die gingen nach Hause zu ihrer Bescherung und ihren Weingläsern und sagten: Es war wieder eine recht stimmungsvolle Feier. Oder sie sagten: Das und jenes war aber im vorigen Jahr schöner. Somit blieb für sie alles beim alten.

Es waren aber auch unter ihnen welche, die ließen es sich von neuem gefallen, daß sie wie alle Menschen nichts nötiger brauchen als die göttliche Liebe. Als ihnen das klar wurde, sahen sie sich um und bemerkten die Brüder und Schwestern, die im Schatten lebten, weil sie arm waren. Und sie brachten ein fühlbares Opfer für die Hungernen der Welt. Und sie entdeckten, daß es nicht nur eine Frage des Bankkontos ist, ob man glücklich lebt, sondern eine Frage der Liebe und Aufmerksamkeit. Für den einen tauchte aus dem Dunkel das seit längerer Zeit übersehene Gesicht seines Ehepartners auf, für den anderen seine heranwachsenden Kinder mit ihren Bedürfnissen und Problemen, für den dritten seine einsamen Eltern, für den vierten seine ehemaligen Freunde und für den fünften lange schon gemiedene Nachbarn.

Und sie führten miteinander gute Gespräche und nahmen sich Zeit für einander und vergaben einander. So machten sie sich auf den Weg nach Bethlehem und fanden in der unscheinbaren Krippe das göttliche Kind. Und das Christuslicht der Weihnacht leuchtete ihnen.

Hier sollten wir unsere eigene Weihnachtsgeschichte beenden. Und gestrost Amen sagen. Denn Amen heißt: Das werde wahr.

RELIGIÖSER SOZIALISMUS ZWISCHEN KIRCHE UND PARTEI

Meditation am 1.10.1977 auf dem von der "Gemeinschaft für Christentum und Sozialismus - Bund der Religiösen Sozialisten Deutschlands e. V." angeregten Seminar des Gustav-Stresemann-Instituts in Bergisch Gladbach über "Politische Dimensionen des Glaubens: Die Botschaft vom Reich Gottes als Herausforderung an die gesellschaftlichen Kräfte".

I.

Vor 25 Jahren beim Detmolder Gespräch zwischen Christen und Sozialisten (markiert durch Martin Niemöller und Kurt Schumacher) zu einem Wort der Besinnung aufgefordert, nahm ich es biblisch und versuchte, dem Propheten Sacharja (13,5) nachzudenken: "Ich bin kein Prophet, sondern ein Ackerknecht; denn mich hat jemand seit meiner Jugend gekauft". Da die Bibel unterschiedslos alle Menschen anredet, galt die Besinnung den Christen wie den Sozialisten. Beide hatten - so meinte ich im Rückblick auf unsere jüngste Vergangenheit - ob auch in verschiedener Weise ihren prophetischen Auftrag vergessen oder verraten; jetzt, nach dem Zusammenbruch, sollten sie sich die Demaskierung gefallen lassen. "Offenbarung" hat auch mit der Politik zu tun.

Es besteht heute erst recht kein Grund, die Lage der Kirche wie der Gesellschaft und ihrer Vertreter, der Parteien, anders als kritisch - und das heißt: selbstkritisch - zu sehen in einer Situation, die umso bedrohlicher ist, als sie von keinem Part ernsthaft genug wahrgenommen wird. Was sonst als dieser Notstand führt uns hier zusammen!

II.

Beginnen wir mit unseren Kirchen oder mit unserer Christlichkeit, so ist das nicht mehr als recht und billig, da alle Krisis "am Haus des Herrn" (1. Petr. 4,17) ihren Anfang nimmt. Es geht um unsere "falsche Prophetie", die mehr ist und bedeutet als ein Verfehlen des Wortes; sie zeigt sich nach der Verdrängung unserer Vergangenheit in Gleichgültigkeit und Zwiespältigkeit mitten im Notstand der Welt. Es ist nicht wenig, was wir Christen der jeweiligen Gesellschaft "vor-gesagt" haben, indem wir die uns anvertraute Wahrheit verkannten und damit die Wirklichkeit verrieten. Ver-

rat heißt - so das Wörterbuch - falsch raten oder mittelbar etwas für ein Verderben tun. "Sünde" (Absonderung) ist der Widerspruch zwischen Wort und Tag (Eugen Rosenstock-Huussy).

Wir sind in allen Bekenntnissen reich an Bußformularen und bitterarm an praktischer, weltverändernder Reue; was wir faktisch verdorben haben, möchten wir gern theoretisch oder verbal aus der Welt schaffen. Solche Selbstrechtfertigung aber ist die Hochform der Gottlosigkeit, die seit jeher die arge Welt verdrossen hat; am schlimmsten ist sie in christlichem Gewand. In der Kirchengeschichte hat sie sich oft genug in der nachkonstantinischen Ära als "Symphonia" von Kirche und Staat gezeigt, wobei die Kirche die Cäsaren und die Cäsaren die Kirche absolvierten. Die Geschichte dieser Karikatur einer Theokratie ist nicht nur eine Heiligengallerie, sondern auch eine schlimme Chronik permanenter "Sündenfälle" und unserer "Erbsünde": Der Versuchung des Menschen und der Verführung der Menschheit zu Lüge und Verrat. Die berufenen Kreuzträger und Lastenschlepper der Erde haben sich mit gestohlener Würde ihrer Bürde entledigt und das Kreuz der Welt aufgeladen, um sie dann auch noch zu diffamieren! Der Urlaut der christlichen Botschaft sprengt alle unsere gefästen Dogmen, die "Verfassung des Glaubens" wie seine organisatorischen Sicherungen, weil ihm - *horribile dictu* - ein Zug von Anarchie innewohnt. "Die Welt vergehe - es komme dein Reich!" ist eines der frühesten Gebete.

Solche Leute sind nicht auf die Herren der Welt fixiert, da sie in der Erwartung einer Wiederherstellung, einer Neuschöpfung dieser Welt leben: Der Gekommene kommt, er ist bereits unterwegs! das läßt sie die Cäsaren und Zaren aller Zeiten mit ihrem Machwerk und Machtglauben als geduldete transitorische Übel ertragen; diese Gewalthaber sind ohne Zukunft. Christen widersprechen jeder zwangsweisen "Verchristlichung", die nur zur "Entchristlichung" führen kann. Die Folgen der Staatskirche: Das Volks-, Landes-, Massen- und Klassenchristentum sind wohl von Zeit zu Zeit beweint worden, doch meist ohne den Mut, den die totale Umkehr nicht nur fordert, sondern auch gibt: *Schon jetzt sich auf die Souveränität des begonnenen Gottesreiches einzulassen* und an ihm alle Reiche zu messen. Diese Predigt wendet sich darum nicht nur an die einzelnen Herzen, vielmehr auch an die Herren der Welt, anstatt sie auch noch in den hymnologischen Teil der Liturgie aufzunehmen.

Das hat sich nicht zuletzt in unserer "protestantischen" Kirchlichkeit - wogegen protestiert sie eigentlich? nicht selten beispielhaft gezeigt. Kaum mit einer Reformation begonnen, fiel sie auch schon in eine kümmerliche Reform zurück, und erst recht war sie nicht bereit, eine Revolution auch nur zu dulden. Thomas Münzer und der Bauernkrieg (1525) sind immer noch unsere "unbewältigte Vergangenheit"; die Reformation ist, da sie ihr Ziel nicht erreicht hat, mißlungen. Wie anders wäre unsere Geschichte verlaufen, wenn die Altäre und Throne nicht nur ins Wanken geraten, sondern zum Umsturz gekommen wären. "Auch Revolutionen sind ein Wort Gottes" (Christoph Blumhardt). Der bescheidene Wandel erbrachte keine Wandlung der Dinge, die der Reaktion und dem Traditionalismus verfielen. Aus der einstigen "Kirche der Armen" ging eine Kirche der Reichen hervor; der prachtstrotzende Tempel wurde zum Tummelplatz der religiös Bedürftigen und bürgerlichen Frommen, die sich den Luxus eines sakralen Bereichs leisten konnten. Zu aller Habe kam auch noch das Christliche hinzu.

Damit aber wurde Bild für Bild in den neutestamentlichen Gleichnissen retouchiert oder zerstört und Widerspruch gegen alle frommen Sprüche. Das *Saatkorn* des Reiches auf dem Acker der Welt, die kostbare *Perle* auf fremdem Boden, die *Königshochzeit* des Menschensohnes mit den Erniedrigten und Beleidigten, der *Weinberg* des Herrn in Makler- und Pächterhänden - keines dieser Gleichnisse konnte unserer Wirklichkeit "gleichen", sie wurden zur Motivierung der Erbauung mißbraucht und auf persönliche und kirchliche Verinnerlichung beschränkt. Alte und neue Kritiker und Spötter, die erkannten, wie sehr wir uns in religiösen Individualismus und Mystik verkrochen hatten, zerbrachen an *einer Wahrheit, die keine Wirklichkeit werden konnte und sollte*. Der Konservatismus mitsamt seiner verchristlichten Ideologie konservierte beides: Die Macht der Herrschaftselite wie die Misere der Beherrschten, so daß der Christ und Sozialist Blumhardt sagen konnte: Das "Christentum" sei das schlimmste auf der Welt; es werde bald die Zeit kommen, in der keiner mehr dazugehören wolle, sondern nur noch zu Christus selbst.

Was die *biblischen Realisten* aller Observanzen in der Kirchengeschichte angeht, die Gemeinschaft als Lebenskommunion verstanden und damit beide, Gemeinde und Gesellschaft, zusammenbrachten, so haben die Machtgläubigen sich ihrer durch Verdammung und Martyri-

sierung entledigt. Eine christliche Kommune wie die *Hutterischen Brüder*, die durch ein halbes Jahrtausend eine strikte *Lebensgemeinschaft* durchgehalten haben, wurde über den Globus gejagt, bis sie endlich in Nordamerika Gastrecht fand. Kein anderes Geschick widerfuhr den russischen *Duchobörzen* (= Geistesstreiter), die sich als Modell christlichen Glaubens und sozialistischen Lebens seit bald zwei Jahrhunderten bewährt haben - auch sie Flüchtlinge vor der Pravoslavischen Staatskirche. Sie und andere, die Glaube und praktischen Gehorsam nicht voneinander trennen konnten, stehen in unseren Kirchengeschichten - wenn überhaupt - unter dem Strich auf zwei Zeilen im Nonpareille-Druck. Sie zeigen, daß und wie Christen als Sozialisten und Sozialisten als Christen zu leben vermögen, aber auch: daß es keine "Sekte" ohne Wahrheit und keine "rechte Lehre" ohne Ketzerei gibt. Wo die Kirche ein Zerrspiegel der Wahrheit ist, kann auch die Gesellschaft nur Karikatur einer menschengerechten Wirklichkeit sein.

Die "Abwegigen", vom gemeinsamen Weg Verwiesenen, hätten als Salz der Kirche und als Licht der Welt entscheidend dazu beitragen können, das Almosen- und Wohltätigkeitszeitalter zu überspringen, um wieder zum Thema des Evangeliums zu kommen. Bloße Ambulanz auf dem Kampfplatz der Gesellschaft ist ein Zeichen der Ohnmacht - es gilt, die Gewaltszenen abzuschaffen. Wir haben die Ketten der Sklaven nicht lediglich zu lockern - sie sind zum Zerreißen da! Es ist nicht nur Anekdote, daß die vermeintlich unpolitische Predigt über den Korinthertext (1. Kor. 3, 22 f.) bei uns durch zwei Wendungen gekennzeichnet ist: "Alles ist euer" - das gilt den Habenden; "ihr aber seid Christi" - das ist der Trost der Habenichtse.

Als "innerkirchliche Sekte" und einflußarme Gruppe toleriert, gerieten wir als Religiöse Sozialisten in der Weimarer Republik zwischen alle Fronten, wobei uns gelegentlich auch mal eine Zwecksympathie gegönnt wurde. Das war umso seltsamer, als auf dem Acker der Kirche jede Theologie und alle erdenkliche Narrheit ihr Spezialgewächs züchten konnte, wenn nur der geheiligte Grundsatz gesellschaftspolitischer "Neutralität" - das war die Unantastbarkeit von Thron und Altar - oder die noch mehr geschätzte politische Abstinenz - das war die biblifizierende Ehrfurcht vor dem Bestehenden - gewahrt blieb. Dann aber war erlaubt, was gefiel. Wer

nicht "rechten" Theoremen im dogmatischen und ethischen Bereich anhing, sich vielmehr als Fürsprecher der getauften und offiziell durch die Konfirmation vereinnahmten kirchenfremden Massen verstand, der gehörte in den Ketzerkatalog. Wer mochte, tröstete sich damit, daß Schwärmer immer noch besser als Spießer sind.

III.

Unser Spannungsverhältnis zur Partei war geringer, auch wenn wir nicht zu ihren Lieblingen gehörten. Von vielen Frontbildungen aus etwa zwei Dutzend Parteien gelegentlich attackiert und meist in der Defensive, ließ die SPD sich unseren "religiösen" Handlangerdienst gefallen; vielleicht haben auch nicht wenige Erfolge auf sozialpolitischem Feld unseren Zusammenhang begünstigt. Aber unser wechselseitiges Verhältnis hatte etwas Halbherziges an und in sich. Was wunder, nachdem der Sozialdemokratie 1918 das Geschenk der Republik - also eine unrevolutionäre Gabe - in den Schoß gefallen und diese vermeintliche Revolution von ihr nur zögernd angenommen worden war, hatten Erneuerer in ihr nur einen schwachen Stand. Wir waren über Nacht eine regierende Arbeiterpartei geworden, ohne einen wirklichen Willen zum Sozialismus: Maßlos gemäßigt, ungeübt für das Staatssteuer, zaudernd, nur zu oft auf jeweilige Koalitionspartner schielend und - vor allem - belastet mit der jüngsten Vergangenheit: Unserer Zustimmung zur Aufrüstung und zum Krieg (1914). Wer seiner Sache den Rücken zukehrt, muß dann von Rücksichtnahmen leben. Es fehlte der Schwung - wie sollte da ein Umschwung kommen!

Die eigentlichen, dynamischen sozialistischen Elemente aber hatten wir ins Abseits geschickt. Ich meine immer noch, daß die bei der Parteiführung verkettzten Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg im Sturm jener Jahre den notwendigen Wind für die Segel der jungen Republik gebracht hätten - wir überließen sie als Freiwillige der Reaktion. Die einstige "Orthodoxie" der Partei wich einer politischen "Vermittlungstheologie", bei der Anpassung zur Weisheit wurde. Das Bild war bereits bei Georg Büchner vorgezeichnet: Der Arbeiter hat dem Bürger das Hemd ausgezogen und sich dabei an seinem Aussatz angesteckt.

Und was war da vorher bei uns gegangen! Von der "Gesellschaft

für Menschenrechte" (1834), der Gründung des "Allgemeinen deutschen Arbeitervereins" (1863) bis zum Stuttgarter Kongreß der II. Internationale (1907) - mit mutigen Resolutionen, einschließlich aller Opposition gegen Gewalt und Krieg. Da zweifle einer noch daran, daß wir "Abraham zum Vater" hatten! Und dennoch, trotz unseres bösen Gewissens - nur reaktionäre Verleumder konnten bestreiten, daß ungeachtet aller inneren und äußeren Hemmnisse damals der deutsche Karren von den Sozialdemokraten aus dem Dreck gezogen wurde, soviel dabei auch nicht mehr zu retten war.

Regieren hieß auch damals koalieren. Schwächten solche äußeren Verbindlichkeiten, so wurde auch der Zuwachs an Wählerstimmen und Mitgliedern zum Problem; er erforderte mehr Institutionalisierung und Bürokratisierung und ließ die Partei mit dem "rechten" Fuß in die Schlingen des kapitalistischen Industriesystems geraten. Von der einstigen Bewegung war bald nur noch Beweglichkeit übriggeblieben. Unsere Wähler rekrutierten sich zu schnell hauptsächlich aus dem Kleinbürgertum, das Lenin schon früh als den "Fuchs im Weinberg" erkannt hatte (es stellte dann 1933 ein nicht geringes Kontingent für den Faschismus). Mit einem Wort: Die Partei erlag dem bourgeois Zweckmäßigkeitsdenken und einer entsprechenden Wirtschaftsgesinnung. Mit der Ideologie ging dann auch jede Idee über Bord. Materie aber nährt nicht nur, sie distrophiert auch. Das alles und noch mehr können wir heute wenn nicht auf, dann zwischen den Zeilen in der Geschichte der SPD nachlesen (vgl. Osterroth/Schuster: Chronik der deutschen Sozialdemokratie, Hannover 1963). Wir vergaßen, daß der Aphorismus Heinrich Heines auch eine soziale Perspektive hat: "Besser ein unzufriedener Mensch als ein selbstzufriedenes Schwein".

Die erwähnte Apparatisierung der Partei verlief auch auf Kosten der Parteidemokratie und zugunsten der Berufspolitiker - so haben wir das sterile Bürgertum beerbt! Im Gegensatz zum Osten konnten wir nur als "Menschewiki" überleben; das war unser Glück und Unglück zugleich. Auf alle Fälle hatten wir niemals Grund, etwa Bismarcks Lob im Reichstag (1884) zu unserem Stolz werden zu lassen: Ohne die Sozialdemokraten seien alle Sozialreformen schlechthin undenkbar. Ebenso wenig dürfte uns als Christen und Sozialisten Hermann Kutters gutes Wort trösten: Der Sozialismus sei der Staub, den das Evangelium auf dem Weg über die Welt aufgewirbelt hätte; der niedergegangene Staub überdeckte schließlich nicht wenig, innen wie außen, und

entstellte unser Gesicht. Ausgezogen, die Bourgeoisie zu überwinden, sind wir verbürgerlicht oder - noch mehr - kleinbürgerlich genug geworden.

IV.

In solcher Situation, im Kreuz einer gemächlichen und entwicklungs-gehemmten Christlichkeit und einer akkomodierten Partei, hieß "Religiöser Sozialismus": Angriff und Abwehr an zwei Fronten. Dem von Blumhardt und von Ragaz gemeinten Zeugnis fehlte es noch weithin an Interpretation und somit an Eindeutigkeit und Klarheit in der Konzeption. Unsere Wortführer, meist Pfarrer, kamen fast durchweg aus der liberalen Theologie des 19. Jahrhunderts. Wer hatte es denn gelernt, sein Leben mit dem der Arbeiterschaft zu verbinden! Was wir politisch zu sagen hatten, kannte sie wohl schon vor uns. Wer verstand es, dem Theologismus und seinem Jargon zu entkommen, um dem Proletarier wenigstens sprachlich näherzukommen? Und wer verfügte über die Kunst, unseren "Griechen ein Grieche" und unseren "Juden ein Jude" zu sein! Dem Arbeiter waren wir unnütz fromm, der Kirche zu "links"; sie hielt uns für bedenklich "sozialistisch". Und wir hatten keine "Patristik", keine Tradition und überhaupt mehr guten Willen als faktisches Vermögen, mehr Kopflastigkeit als Handhabung und brachten mehr Erkenntnisse als Erfahrung mit.

Die Gruppe um Eduard Heimann, Carl Mennicke, Paul Tillich entwickelte achtbare Theoreme und kluge Darstellungen und bildete damit lediglich unsere Intelligenzler. Die Gruppen bei Erwin Eckert, Heinz Kappes und Emil Fuchs - um wenigstens ein paar Namen zu nennen - waren redlich um Anwendung und gemeinschaftliche Konkretisierung bemüht - der Wirkungsgrad blieb letztlich gering. Schließlich war die Arbeiterbewegung im Zorn aus der Kirche ausgezogen und aus der bürgerlichen Gesellschaft hinausgeworfen worden; den Kampf um ihre Existenz hatte sie mit Hilfe einer Ideologie in die eigenen Hände genommen.

Aber da war noch etwas anderes, das unseren Auftrag komplizierte und so wenig erfolgreich werden ließ: Die Frage nach der *Emanzipation des Menschen* hat eine bei uns fast vergessene Dimension, die den Rahmen einer nur ökonomisch-soziologischen Deutung sprengt. Ein "realer Humanismus", den wir Christen nur zu gern als "Humanität" interpretieren, greift tiefer, radikaler nach dem Menschen als jede Ideologie. Im so-

ziologischen System ist er am Ende nur ein "Rollenträger" und wird damit zu einem "Menschen als" erniedrigt (als Vater, als Kollege, als Beamter, als ...); wo bleibt der Mensch als Mensch? Die sozialistischen Erfahrungen haben erwiesen, daß er als *homo sociologicus* nicht faßbar ist; er ist anders und mehr als in seinen Worten ausdrückbar und an seinen Handlungen erkennbar wird.

Daß das übersehen oder auch vergessen worden ist, ist verständlich: Die Arbeiterbewegung hat ein ganzes Jahrhundert um das nackte Überleben kämpfen müssen, und dabei konnte die *anthropologische Bestimmung des Menschen in den Hintergrund geraten*. Zu unserem Unglück erfuhren Marx' "Frühschriften" eine bedauerlich späte Entdeckung; in ihnen aber spricht der junge Revolutionär zum Thema Mensch so deutlich wie sonst kaum: Keines der bürgerlichen Menschenrechte ginge über den egoistischen Menschen hinaus. Es ginge um die Aufhebung des "Interesses" zwischen Mensch und Mensch und um das Diesseits der Wahrheit ("Zur Judenfrage" - "Zur Kritik der Hegelschen Rechtsphilosophie"). Ich sehe der vulgärmarxistischen Auffassung zum Trotz hier gewisse "religiöse" Motive, eine in der Diskussion zu wenig genutzte Hypothek: Marx hat fraglos den Dekalog wie das Alte Testament gekannt, wie auch Engels die Bergpredigt und das Neue Testament seit seiner pietistischen Frühzeit niemals ganz vergessen hat. In ihrer Theorie der "Selbstentfremdung", die wir als Christen einfacher als Absonderung ("Sünde") begreifen, steckt ein "Materialismus", der von ihnen später immer undogmatischer und variabler definiert worden ist. Im übrigen war Marx kein Freund von "ismen": "Moi, je ne suis pas marxiste".

Behauptet man zu viel, wenn man angesichts der überdeckten Vorfrage zur Gesellschaftspolitik, auf der Suche nach dem eigentlichen Menschen eine Verwandtschaft in der Herkunft bei Christen und Marxisten annimmt? Die zwei Söhne im Weinberggleichnis (Mt. 21), von denen der eine den Auftrag des Vaters annimmt, ohne ihn zu erfüllen, der andere sich verweigert, um ihm dann nachzukommen, könnten prototypisch für Christentum und Sozialismus und ihre Geschichte sein. Daß die Revolutionäre mit "heiserer Stimme" (Bert Brecht) schreien und anderswo ihre Geschichte mit Blut und Tränen schreiben, sollte der reaktionären Christenheit wahrlich kein Anlaß sein, auf die von ihr Verfolgten mit sauberen Fingern zu zeigen; wo unsere Reue fehlt, haben wir das Recht verwirkt, den anderen Buße abzufordern. Die Welt

erntet, was wir ausgesät oder in der Hand zurückbehalten haben. Wer unglaublich ist, kann keinen Glauben wecken. Wir sollten das bekennen, das heißt bekanntmachen, und wenn wir kirchlich daran gehindert werden, müssen wir es aus dem politischen Markt ausrufen.

Jedenfalls ist "Religiöser Sozialismus" keine Instanz, die Gute und Böse, Fromme und Atheisten voneinander scheidet; er kann weder heiligen noch verdammen, so wahr die Frohe Nachricht vom Menschen Jesus Christus unsere Misere übertrifft und ihnen zugekommen ist. Wir sind ständige Ausrufer und Wiederbringer einer bereits eröffneten Heilszeit, die die Zerstrittenen und Zerstreuten einander näherbringt. Darum wollen wir nicht dulden, daß es so bleibe: Die einen mit der ganzen Wahrheit und mit der halben Wirklichkeit, die anderen mit der ganzen Wirklichkeit und der halben Wahrheit (Hans Ehrenberg). Die Botschaft, die Feinde in Freunde verwandelt und Gewalt durch Güte überwindet, ist ein Dauerauftrag und ein unaufgebbares Experiment, das von Gott garantiert ist. Darum waren und sind sie alle bemüht:

Toyohiko Kagawa, Martin Luther King, Helder Camara, Ernesto Cardenal - und wer sonst in aller Welt! Unsere religiös-sozialen Väter haben es nicht anders gemeint. Karl Barth formulierte in seiner Zeit als Pfarrer in Safenwil: "Der Sozialismus ist eine sehr wichtige und notwendige Anwendung des Evangeliums"; und er fügte hinzu: Wo mit Gottes Sache ernstgemacht würde, gäbe es auch eine Erlösung von sozialer Not (E. Busch: Karl Barths Lebenslauf, München 1975, S. 92).

So sei "Religiöser Sozialismus" bei uns ein Kürzel für die vorbehaltlose *Solidarisierung Gottes mit dem Menschen*; im Weihnachtstext (Lk. 2) hallt das "Ehre sei Gott" als "Friede auf Erden" wider. Zu Erfüllern der guten Verheißung berufen, sind wir autorisiert, mit dem "Glücklich seid ihr!" auf die Parteistraße zu gehen und Absolution zu erteilen, wer immer es hören mag. "Offenbarung" geschieht in der Entdeckung, Befreiung des Menschen; sie ist eine uneingeschränkte Liebeserklärung an die am Notstand leidende Erde, über der immer noch der Schöpfergeist schwebt. Was auch an Schwäche und Schuld erduldet und geduldet werden mag - es wird durch alles Geschehen dem Reich Bahn gebrochen, damit unsere Herrschaften verschwinden. Der da des Weges kommt, wird an den beschämten Reichen und an den frohgemachten Armen zu beiden Seiten nicht vorbeigehen. Die alten Russen haben es immer gewußt: "Es wird keiner gerettet, wenn nicht das ganze Dorf gerettet wird"!

Günter Ewald

RUDI DUTSCHKE'S WEG ZWISCHEN CHRISTLICHEM GLAUBEN UND MATERIALISMUS

Bei den Vorgesprächen über seine Referate auf der Tagung in Bergisch Gladbach hatte Rudi Dutschke zugesagt, auch zur Frage des Reiches Gottes Stellung zu nehmen, nicht nur zur Analyse der politischen Situation und zur Bedeutung des Marxismus in einem undogmatischen Sozialismus. Er tat dies auch und wählte dabei einen autobiographischen Einstieg.

So erlebt man den Bauernsohn, der noch bis zum Abitur täglich betet und schon früh lernt, seinen Glauben in mitmenschliche Hilfe umzusetzen. Jesus ist nicht nur die Grundlage für das Reich Gottes, sondern auch die reale Grundlage im sozialen Leben. Dies bringt ein aufgeschlossener Pfarrer seinen jungen Christen in einem Dorf in der DDR bei. Das Gebet erhält einen großen Stellenwert, insbesondere in konkreten historischen Situationen. In der Kirche ist Dutschke nicht einem Antisozialismus ausgesetzt; er spürt und begreift aber bald, daß die DDR keinen Sozialismus spiegelt, "außer im Begriff". 1958 tritt er erstmalig mit einer Rede vor Schülern auf; er legt unter großem Beifall dar, daß die DDR Freiheit verunmöglicht. ("Ich sprach als Christ und Sozialist".) Die Schwierigkeiten bleiben nicht aus; zu seinem christlichen Zeugnis für die Freiheit kommt noch die Wehrdienstverweigerung hinzu. Dutschke kann, inzwischen zum Industriekaufmann ausgebildet, erst mit einem in Westberlin 1960/61 nachgeholt Abitur studieren.

Die Mauer schneidet ihn von seinen Angehörigen ab. Er läßt sich in Westberlin nieder, besucht regelmäßig Gottesdienste, insbesondere bei Albertz und Gollwitzer. Erst allmählich löst er sich vom unmittelbar christlichen Engagement und wird durch die Lektüre der Schriften von Trotzki, Lukacz und vor allem Bloch von der Auseinandersetzung zwischen Idealismus und historischem bzw. dialektischem Materialismus fasziniert. Gollwitzer habe ihm später gesagt, er sei nicht mehr ganz "drinnen", aber auch nicht "draußen", was sein Christsein angehe.

Eben diese Spannung ist es, die vom autobiographischen Bericht in die Sachdiskussion hinüberführt: Ist der christliche Glaube in einem "idealistischen" Denken befangen, das eine "materialistische" Ge-

schichtsauffassung ausschließt, oder können sich Glaube und historischer bzw. dialektischer Materialismus, wenn man sie beide von einer verbreiteten dogmatischen Verengung löst, auf der Ebene einer weltgeschichtlichen Hoffnung begegnen? Dutschke knüpft immer wieder an Bloch an: "Ist Geschichte ableitbar aus historischen Zusammenhängen?". Diese Frage hat bisher keine materialistische Theorie befriedigend beantwortet. Das "Opium des Leninismus" hat den Blick für die Freiheit getrübt. Geschichtliche Notwendigkeit wurde zum Alibi für die Verhinderung eines Reiches der Freiheit, das auch Marx gewollt hat. "Reich der Freiheit" hat aber große Nähe zum "Reich Gottes".

Eine besondere Tiefe gewinnt die Beziehung von Reich der Freiheit und Reich Gottes in der Frage des Todes. "Die Frage des Todes ist ein Problem der Freiheit" und "Ich kann nicht über das Leben reden, wenn ich nicht auch über den Tod rede" - so Dutschke im Anschluß an Gedanken Blochs, die dieser kurz vor seinem eigenen Tod noch einmal eindringlich darlegte. Bloch in einem seiner letzten Interviews: "Ich weiß nicht, was wird; aber jetzt, wo es kommt, bin ich auch interessiert, was es sein wird". Dutschke weist darauf hin, daß für den christlichen Glauben Tod zugleich neuer Anfang ist. Der Materialismus stehe hier vor einer Grenze.

Der Referent wechselt an dieser Stelle noch einmal ins Autobiographische. Was erlebte er, als er damals in Berlin unter Pistolenschüssen zu Boden sank? "Als ich angeschossen wurde, rief ich 'Mutter', es kam nicht der Ruf nach 'Marx'". Es war auch nicht der Ruf nach 'Gott', aber der Ruf nach einer Geborgenheit, die Dutschke ausdrücklich von einer Mutterfixierung abhebt.

Das Gespräch über Reich Gottes und Materialismus ist durch Referat und Diskussion angerissen, in Anfängen geführt worden. Es war der Wunsch aller, dieses Gespräch weiterzuführen.

Siegfried Katterle

ARBEITSLOSIGKEIT - EIN ZUSTAND, AN DEN WIR UNS GEWÖHNEN MÜSSEN?

Anhaltende Arbeitslosigkeit als soziales Hauptproblem

Seit drei Jahren gibt es in der BRD mehr als eine Million registrierte Arbeitslose im Jahresdurchschnitt. Wir müssen also bereits von der Arbeitslosigkeit als einem Dauerzustand sprechen. Und dies, obwohl seit der zweiten Jahreshälfte 1975 eine - allerdings zögernde - konjunkturelle Aufwärtsbewegung eingang gekommen ist, die sich in einem Wachstum der Produktion und in einem Wachstum der Gewinne äußert, die aber nicht zu einem Abbau des Arbeitslosensockels geführt hat.

Die Konjunkturlage ist nach wie vor labil, und das zweite Halbjahr 1977 brachte eine deutliche Wachstumsabschwächung. Der neuerliche Rückgang der gemeldeten offenen Stellen im Vergleich zum Vorjahr zeigt ein Erlahmen der ohnehin schwachen Arbeitskräftenachfrage an. Es ist der Wirtschaftspolitik - und das gilt international für die westlichen Industrieländer - nicht gelungen, einen dynamischen, sich selbst tragenden Aufschwung herbeizuführen.

Die Zahl der langfristig Arbeitslosen ist rasch angewachsen; ihr Anteil an der Gesamtarbeitslosenzahl beträgt heute schon 18 v. H.. Sie sind bereits länger als ein Jahr arbeitslos und haben damit den Anspruch auf Arbeitslosengeld verloren. Unter diesen langfristig Arbeitslosen ist besonders stark die Gruppe der Älteren, über 55-jährigen Personen vertreten, deren Arbeitslosenquote ohnehin überdurchschnittlich hoch ist. Die Situation dieser älteren Arbeitslosen wird dadurch besonders erschwert, daß etwa 40 v. H. der gemeldeten offenen Stellen mit einer Höchstaltersbegrenzung ausgezeichnet sind, also älteren Arbeitslosen nicht angeboten werden.

Ähnlich schwierig ist die Situation der Arbeitslosen mit gesundheitlichen Einschränkungen. Auch ihr Anteil an der Gesamtarbeitslosenzahl hat ständig zugenommen und beträgt heute 25 v. H.

Diese Beispiele zeigen, daß die Unternehmen durch personalpolitische Auslesestrategien Gruppen von Erwerbspersonen aussondern, deren Leistungsfähigkeit in Zeiten der Arbeitskräfteknappheit den Ansprüchen der Arbeitgeber vollauf genügt hatte. Heute fallen diese Gruppen ver-

änderten Einstellungs- und Beschäftigungsmaßstäben zum Opfer.

Um den Umfang der Arbeitslosigkeit voll zu ermessen, muß die sogenannte *Stille Reserve* hinzugerechnet werden, die auf mindestens 1/2 Million Menschen geschätzt wird. Dazu gehören schulentlassene Jugendliche, die keinen Ausbildungs- oder Arbeitsplatz finden und sich nicht als Arbeitslose registrieren lassen, weil sie keinen Anspruch auf Arbeitslosengeld haben. Jüngste Untersuchungen des Bundesinstituts für Berufsbildung haben ergeben, daß die Arbeitslosigkeit unter berufsschulpflichtigen Jugendlichen weitaus höher ist, als die offiziellen Zahlen ausweisen. Dabei sind von diesen 15- bis 18-jährigen berufsschulpflichtigen Jugendlichen ohne Ausbildungs- oder Arbeitsplatz fast die Hälfte Hauptschüler mit Abschluß oder Realschüler.

Zur Stillen Reserve gehören ferner in großer Zahl Frauen, die sich nicht mehr als Arbeitslose registrieren lassen, weil ihr Anspruch auf Arbeitslosengeld erloschen ist und weil ein für sie geeigneter Arbeitsplatz - oft suchen sie eine Teilzeitarbeit - nicht angeboten wird. Schließlich gehören zur Stillen Reserve frühverrentete Arbeitslose, die nach einem Jahr Arbeitslosigkeit das vorgezogene Altersruhegeld beantragt haben - nicht weil sie schon aus dem Arbeitsleben ausscheiden wollen, sondern weil ihnen keine Chance einer beruflichen Wiedereingliederung geboten wird.

Um den tatsächlichen Verlust von Arbeitsplätzen zu erfassen, muß man überdies berücksichtigen, daß seit 1973 etwa 600 000 Gastarbeiter ihren Arbeitsplatz in der BRD verloren haben und in ihre Heimatländer zurückgewandert sind. Würde diese industrielle Reservearmee, die ja ihre Arbeitsplätze in unserem Land verloren hat, auch unserer Arbeitslosenquote hinzugerechnet, so läge diese nicht zwischen 4 und 5 v.H., sondern zwischen 6 und 7 v. H. und wäre höher als die durchschnittliche Arbeitslosigkeit in den Ländern der Europäischen Gemeinschaft.

Die Arbeitsmarktsituation in der Zukunft wird dadurch erschwert, daß in den nächsten Jahren geburtenstarke Jahrgänge in das Erwerbsleben eintreten, während zahlenmäßig schwache Jahrgänge das Erwerbsleben verlassen und in das Rentenalter eintreten. Durch diese *demographische Entwicklung* wird die Zahl der Erwerbspersonen bis 1985 um etwa 1,5 Millionen zunehmen. Bei weiterhin schwachem Wirtschaftswachstum wird die Zahl der Arbeitslosen in den achziger Jahren auf 2 bis 3 Millionen anwachsen, falls keine wirksamen beschäftigungspolitischen Maß-

nahmen ergriffen werden.

Die Lebenslage von Arbeitslosen

Untersuchungen des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung über die Lebenslage von Arbeitslosen haben ergeben, daß die mit Arbeitslosigkeit verbundenen finanziellen Einbußen vor allem bei jüngeren Arbeitslosen zu erheblichen *finanziellen Schwierigkeiten* führen. Es handelt sich dabei um Familien, deren finanzielle Situation durch den Aufbau des eigenen Haushalts und durch das Vorhandensein von Kindern schon vor Eintritt der Arbeitslosigkeit angespannt war. Hier kommt es besonders häufig vor, daß Zahlungsverpflichtungen (Mieten, Versicherungsprämien) nicht eingehalten werden können und daß Familien sich verschulden müssen. Derartige finanzielle Schwierigkeiten wirken sich als zusätzliche psychische Belastungen aus und führen zu Konflikten in den Familien.

Überhaupt werden Arbeitslosigkeit und die Enttäuschungen des Bemühens um einen neuen Arbeitsplatz sehr stark als *psycho-soziale Belastung* erfahren. Der Abbruch der sozialen Beziehungen zu den früheren Kollegen, die Störung der sozialen Beziehungen im Familien- und im Freundeskreis und die damit einhergehende Minderung des Selbstwertgefühls sind häufige Merkmale der Lebenslage von Arbeitslosen. Besonders stark wird das von männlichen Arbeitslosen erlebt, die durch ihre Erziehung stärker als Frauen auf berufliche Bewährung hin orientiert sind. Aber auch arbeitslose Frauen empfinden den Verlust der sozialen Kontakte mit Berufskollegen, die für sie oft eine *emanzipatorische* Funktion hatten, als Einschränkung ihrer Entfaltungsmöglichkeiten.

Die Ergebnisse neuerer Untersuchungen werden hier berichtet, weil von Unternehmerseite behauptet wurde, jeder dritte Arbeitslose sei einfach arbeitsunwillig und fühle sich im Netz der sozialen Sicherung ganz wohl. Diese Behauptungen lassen sich nicht durch Untersuchungen belegen; sie sind ein Versuch, ein soziales Problem aus dem Bewußtsein zu verdrängen.

Gewiß gibt es Fälle mißbräuchlicher Inanspruchnahme von Arbeitslosengeld. Aber diese Fälle wurden so aufgebauscht, daß es scheinen konnte, alle Arbeitslosen wären Drückeberger, die der Gemeinschaft Schaden zufügen wollten. Die Zahl der Steuerhinterzieher und der von ihnen dem Gemeinwesen zugefügte Schaden ist viel höher. Das gleiche gilt hin-

sichtlich der mißbräuchlichen Inanspruchnahme von Subventionen, für Mißbräuche bei der Inanspruchnahme von Kurzarbeitergeld durch antragstellende Unternehmen oder für die mißbräuchliche Inanspruchnahme von Mitteln aus öffentlichen Arbeitsbeschaffungsprogrammen.

Die Arbeitslosigkeit ist also zum sozialen Hauptproblem unserer Gesellschaft geworden. Mit Recht sieht Heinz Oskar Vetter in der Arbeitslosigkeit eine "Zeitbombe von einer Sprengkraft, die vielen in unserem Lande offenbar noch nicht völlig bewußt ist"; die anhaltende Arbeitslosigkeit berge in sich sowohl die Gefahr einer irrationalen Politisierung - der Ruf nach dem starken Mann - wie die Gefahr politischer Apathie, einer Haltung also, die das Problem aus dem Bewußtsein verdrängt und Arbeitslosigkeit als individuelles Versagen interpretiert, damit man die Schwierigkeiten des Suchens und Durchsetzens neuer politischer Lösungen nicht auf sich nehmen muß.

Arbeitslosigkeit und Wirtschaftspolitik

Die Arbeitslosigkeit bzw. die Wiederherstellung eines hohen Beschäftigungsstandes ist bisher von der Wirtschaftspolitik von Bundesregierung und Bundesbank und von den offiziellen Beratern der Wirtschaftspolitik, dem Sachverständigenrat, nicht als soziales Hauptproblem anerkannt und behandelt worden. Anlässlich der Feier zum fünfzigjährigen Bestehen der deutschen Arbeitsverwaltung (September 1977) hat Heinz Oskar Vetter kritisiert, daß der Staat - und damit sprach er alle politischen Ebenen des Gemeinwesens an - *bisher kaum ein durchgreifendes Zeichen für eine Vollbeschäftigungspolitik gesetzt habe.*

Diese beschäftigungspolitische Zurückhaltung der wirtschaftspolitischen Instanzen und ihrer wissenschaftlichen Berater, *der fehlende politische Wille, Vollbeschäftigung unmittelbar als politisches Ziel zu setzen und die nötigen Instrumente zur Erreichung dieses Ziels zu entwickeln, hängt zusammen mit dem herrschenden Erklärungsmuster für die Wirtschaftskrise.*

Der Sachverständigenrat erklärt die Wirtschaftskrise als eine "Anspruchskrise": Infolge überhöhter Einkommensansprüche der Arbeitnehmer und infolge zu hoher Besteuerung der Gewinne durch den Staat (zur Finanzierung einer angeblich überzogenen Reformpolitik) seien die Renditen auf das eingesetzte Kapital nicht hoch genug, um die Unternehmer zu expansivem Verhalten zu veranlassen.

Das wirtschaftspolitische Konzept besteht dann in der Verbesserung der Gewinnsituation der Unternehmen als Voraussetzung für die Entfaltung der Selbstheilungskräfte des marktwirtschaftlichen Systems: Höhere Gewinne führen nach dieser Auffassung zu höheren Investitionsausgaben, diese schaffen zusätzliche Arbeitsplätze und zusätzliche Arbeitnehmereinkommen. So haben wir es wieder und wieder gehört - auch aus dem Mund des Bundeskanzlers.

Das marktwirtschaftliche System wird dabei in klassisch-liberaler Weise als *in sich selbst stabil und krisenfrei* angesehen; der marktwirtschaftliche Funktionsmechanismus stellt angeblich Vollbeschäftigung immer von selbst her, sofern er nicht überfordert wird durch

- Fehlverhalten der Gewerkschaften (zu hohe Lohnforderungen) und/oder
- Fehlverhalten der Regierung (zu hohe Besteuerung der Gewinne).

Die Zurechnung von Fehlverhalten ist in diesem Konzept erkennbar einfach. Fehlverhalten ist nur möglich bei den Gewerkschaften und beim Staat; dagegen verhalten sich die Unternehmer immer funktionsadäquat entsprechend den Systemzwängen des Marktes!

So wurde seit zwei Jahren durch eine zurückhaltende Lohnpolitik der Gewerkschaften und durch eine Reduzierung der sozialstaatlichen Aktivitäten (Konsolidierung der öffentlichen Haushalte) bei gleichzeitiger steuerlicher Entlastung der Unternehmen und Subventionierung privater Investitionsausgaben eine massive Veränderung der Einkommensverteilung zugunsten der Unternehmereinkommen bewirkt - ohne daß die in Aussicht gestellten günstigen Folgewirkungen eingetreten wären. Die Investitionsneigung der Unternehmer hat sich nicht wie erhofft entwickelt. Sie ist nach wie vor nach Umfang und Richtung nicht geeignet, die nötigen Arbeitsplätze zu schaffen. Das hängt damit zusammen, daß *die vorhandenen Kapazitäten noch nicht ausgelastet sind und folglich die Absatz Erwartungen skeptisch bleiben.* Unter dieser Bedingung besteht auch bei hohen Gewinnen keine Neigung der Unternehmer zu Erweiterungsinvestitionen, die neue Arbeitsplätze schaffen würden.

Das herrschende Konzept der Krisenerklärung und Krisentherapie wird also widerlegt durch unsere jüngsten Erfahrungen. Es wird aber auch widerlegt durch die Erfahrungen der fortgeschrittensten westlichen

Industriegesellschaft, der USA, seit dem zweiten Weltkrieg. In den drei Jahrzehnten seit dem zweiten Weltkrieg haben die USA keine Vollbeschäftigung mehr erreicht - mit Ausnahme der beiden Aufschwungsphasen, die in den Koreakrieg bzw. in den Vietnamkrieg mündeten. Alle übrigen Aufschwungsphasen waren nur kurzlebig und brachen vor Erreichen der Vollbeschäftigung wieder ab.

Auch unsere gegenwärtige Wachstumsschwäche kann nicht mehr als eine konjunkturelle Krise verstanden werden, die durch einen neuen Konjunkturaufschwung überwunden wird, der dann auch Vollbeschäftigung bringt. Vielmehr müssen wir vermutlich mit *anhaltenden Stagnationstendenzen* rechnen, wie wir sie aus der Weltwirtschaftskrise der dreißiger Jahre und aus der Nachkriegsentwicklung der USA kennen. Dieses Problem wurde in Westeuropa und besonders in der BRD bisher überdeckt durch das außergewöhnlich starke Wirtschaftswachstum, das nach dem zweiten Weltkrieg über einen Zeitraum von zwei Jahrzehnten stattgefunden hat. Dieses starke und langanhaltende Wachstum war nur unter den besonderen Ausgangsbedingungen der Nachkriegszeit möglich; es gibt in der Wirtschaftsgeschichte des Kapitalismus keine Parallele zu dieser langanhaltenden Phase hoher Wachstumsraten.

Das Erfordernis einer Neuorientierung der Wirtschaftspolitik

In dieser Situation kann die Verbesserung der Beschäftigungssituation und das Erreichen von Vollbeschäftigung nicht als Nebenergebnis einer Verbesserung der Gewinnsituation der Unternehmen erwartet werden. Vielmehr muß *die Verwirklichung von Vollbeschäftigung unmittelbar als wirtschaftspolitisches Ziel* gesetzt und angestrebt werden.

Vorschläge zu einer solchen Neuorientierung der Wirtschaftspolitik sind von einer Gruppe von Wirtschaftswissenschaftlern gemacht worden, die zum 1. Mai 1977 "Vorschläge zur Beendigung der Massenarbeitslosigkeit" vorgelegt haben (veröffentlicht in: "Blätter für deutsche und internationale Politik", Heft 5/1977, S. 625 - 645, fortan zitiert als "Vorschläge"), ferner vom Deutschen Gewerkschaftsbund, der im Juli 1977 die "Vorschläge des DGB zur Wiederherstellung der Vollbeschäftigung" veröffentlicht hat (fortan zitiert als "DGB-Vorschläge"), die bemerkenswerte Parallelen zu den zuerst genannten Vorschlägen der Wissenschaftlergruppe aufweisen. Die weitere Erörterung baut deshalb zu meist auf den DGB-Vorschlägen auf und zieht die Vorschläge der Wissenschaftlergruppe ergänzend heran.

Der DGB hat in seinem Grundsatzprogramm das "*Recht auf Arbeit*" als ein dem Sozialstaatsgrundsatz unserer Verfassung entsprechendes Grundrecht des Menschen gefordert, das durch Vollbeschäftigung zu verwirklichen ist. "Die Verwirklichung des Grundrechts auf Arbeit... muß in einem sozialen Rechtsstaat *Vorrang vor privaten Gewinninteressen* haben" (DGB-Vorschläge, 6). Daraus folgt für den DGB "*die Forderung ... einer Neuorientierung der Wirtschaftspolitik, der Arbeitsmarktpolitik und der Unternehmenspolitik, die der Wiederherstellung der Vollbeschäftigung absoluten Vorrang einräumen müssen*" (ebenda).

Die auf dieser Grundlage entwickelten Vorschläge des Deutschen Gewerkschaftsbundes stellen in wesentlichen Punkten eine Alternative zur Wirtschaftspolitik der Bundesregierung und zu den Empfehlungen des Sachverständigenrats dar.

1. Beschäftigungspolitisch wirksame Ausgestaltung des Programms für Zukunftsinvestitionen

Die Bundesregierung ist im Jahr 1977 zum ersten Mal in einem wesentlichen Punkt von den Empfehlungen des Sachverständigenrats abgewichen, indem sie ein *Programm öffentlicher Ausgaben für Zukunftsinvestitionen* in einem Umfang von 16 Mrd. DM beschlossen hat, das gemeinsam mit den Ländern innerhalb von vier Jahren zu verwirklichen ist. Die Bundesregierung ist damit einer Forderung des DGB und einer Empfehlung der erwähnten Gruppe von Wirtschaftswissenschaftlern, die schon 1975 ein solches Investitionsprogramm in Höhe von 20 Mrd. DM vorgeschlagen haben, in gewissem Umfang gefolgt (vgl. dazu den Aufsatz: "Wirtschaftskrise und Alternativen der Krisenbekämpfung", in: Christ und Sozialist, Heft 1/1977).

Aber es geht nicht nur um den Umfang eines solchen Programms, sondern um seine *beschäftigungspolitisch möglichst wirksame Ausgestaltung*. In dieser Hinsicht ist nach wie vor Kritik an den Vorstellungen der Bundesregierung angebracht. Das Programm genügt in seiner derzeitigen Ausgestaltung nicht der Forderung, der Wiederherstellung von Vollbeschäftigung Vorrang einzuräumen. Geplant sind Investitionsausgaben der öffentlichen Hand in den Infrastrukturbereichen Wasserwirtschaft, Verkehrssicherheit und Wohnumwelt, durch die eine Anregung der Beschäftigung im privatwirtschaftlichen Sektor erwartet wird, die aber möglichst keine Folgekosten für zusätzlichen Personalbedarf bei der öffentlichen Hand selbst haben sollen.

Bei einer derartigen Ausgestaltung des Programms bleiben öffentliche Bedürfnisse der Bevölkerung, deren Befriedigung mit einem hohen Personalbedarf verbunden wäre, weiterhin unbefriedigt. Zu nennen sind hier beispielhaft die Unterversorgung in den Bereichen Gesundheitswesen (hier besonders die katastrophale Mangelsituation bei der Versorgung psychisch Kranker), Humandienste (Jugendarbeit, Altenpflege, Betreuung Drogenabhängiger, Resozialisierung von Strafgefangenen, schulische und außerschulische Betreuung der Kinder von Gastarbeitern), Bildung (Einführung des 10. allgemeinbildenden Pflichtschuljahrs und des Berufsgrundschuljahrs), Umweltschutz (Ausstattung der Gewerbeaufsichtsämter), Arbeitsverwaltung (die von Minister Ehrenberg geforderte "Vermittlungsoffensive" der Arbeitsämter setzt eine erhebliche Verbesserung der Personalausstattung der Arbeitsämter voraus), Finanzverwaltung (Erhöhung der Zahl der Betriebsprüfer und -prüfungen zur Herstellung von Steuergerechtigkeit).

Entgegen der vom Sachverständigenrat empfohlenen und von der Regierung praktizierten Einschränkung der sozialstaatlichen Aktivitäten wird deshalb im Hinblick auf diese dringenden unbefriedigten öffentlichen Bedürfnisse, die sich nicht am Markt äußern können, "die stetige Ausweitung der Beschäftigung im öffentlichen Dienst" gefordert (Vorschläge, 637): "Der öffentliche Sektor muß wieder für den Arbeitsmarkt geöffnet werden" (DGB-Vorschläge, 13).

2. Arbeitszeitverkürzung

Die strukturelle Freisetzung von Arbeitskräften, wie sie sich in den fünfziger und sechziger Jahren vor allem in der Landwirtschaft und im Bergbau vollzogen hat, ging damals einher mit einer Arbeitszeitverkürzungspolitik der Tarifparteien (schrittweise Durchsetzung der 40-Stunden-Woche), die die Wiedereingliederung freigesetzter Arbeitskräfte in die Industrie sowie in den privaten und öffentlichen Dienstleistungsbereich erleichterte. Auch in der gegenwärtigen Situation sind Maßnahmen zur Verkürzung der Arbeitszeit erforderlich, und dies nicht nur aus arbeitsmarktpolitischen, sondern auch aus bildungspolitischen Gründen.

Arbeitszeitverkürzung ist heute in erster Linie als Verkürzung der Lebensarbeitszeit zugunsten einer Verbesserung der allgemeinen und der beruflichen Bildung geboten. "Die Qualifikation der Erwerbstätigen und der Staatsbürger ist ein Schlüsselproblem für die Weiter-

entwicklung der sozialen Demokratie und für ein sinnvolles ... Wirtschaftswachstum" (DGB-Vorschläge, 21). Deshalb fordert der DGB die "Verlängerung der Schulzeit um ein 10. allgemeinbildendes Pflichtschuljahr" sowie die "Einführung des schulischen Berufsgrundbildungsjahres als 11. Schuljahr" und erstes Jahr der Berufsausbildung (DGB-Vorschläge, 22). Mit Recht wird für das 10. allgemeinbildende Pflichtschuljahr die besondere Berücksichtigung eines berufsbezogenen Unterrichtsangebots vorgeschlagen. Es sollen also nicht die Lehrpläne für das 9. Schuljahr an Hauptschulen fortgeschrieben oder die Lehrpläne für das 10. Schuljahr an Realschulen übernommen werden; gefordert wird im besonderen eine kritische Arbeitslehre, durch die die Schüler "auf die Bedingungen der Arbeitswelt ... vorbereitet und in die Lage versetzt werden, ihre politischen, kulturellen und sozialen Interessen wahrzunehmen" (ebenda).

Von einer Verkürzung der Wochenarbeitszeit und/oder der Jahresarbeitszeit wird man nicht ohne weitere Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt erwarten können. Damit solche Arbeitszeitverkürzungen von den Unternehmensleitungen nicht durch Überstunden oder durch Rationalisierungsinvestitionen kompensiert werden, ist es erforderlich, die aus dem Jahr 1938 stammende Arbeitszeitverordnung in der Weise zu novellieren, daß die 40-Stundenwoche zur gesetzlichen Höchstarbeitszeit gemacht wird. Überstunden dürfen nicht zur Regel werden, sondern die Gewerbeaufsichtsämter müssen zu einem sehr viel restriktiveren Vorgehen instand gesetzt werden, als es ihnen heute möglich ist (DGB-Vorschläge, 31). Ferner "muß der Arbeitnehmereinfluß auf die Personalplanung erheblich verstärkt werden" (Vorschläge, 641). Die Durchsetzung der beschäftigungspolitischen Zielsetzung der Arbeitszeitverkürzung erfordert eine durch Gewerkschaften und Betriebsräte paritätisch mitbestimmte Personalplanung und die Verankerung von Personalstellenplänen und Ausbildungsplatzplänen in Tarifverträgen.

3. Vorausschauende Strukturpolitik zur gesellschaftlichen Beherrschung der Produktivitätsentwicklung

Die bisher erörterten Maßnahmen sind zwar notwendig, um dem Problem der Arbeitslosigkeit zu begegnen; sie reichen aber nicht hin, um die mit dem langfristigen Strukturwandel der Wirtschaft und mit der Einführung des technischen Fortschritts verbundenen arbeitsmarktpolitischen Probleme zu lösen. Weder die staatliche Wirtschaftspolitik

noch die gewerkschaftliche Tarifpolitik verfügen heute über Instrumente, die eine gesellschaftliche Steuerung des Strukturwandels und des technischen Fortschritts ermöglichen.

Die gegenwärtige Revolutionierung der Technologie der Daten- und Textverarbeitung durch Einführung der Mikroprozessoren zeigt, wie Ergebnisse öffentlich finanzierter Forschung privatwirtschaftlich genutzt werden. Das Forschungs- und Entwicklungsrisiko wird dabei zunehmend sozialisiert, während die Nutzung der gesellschaftlich erzielten Ergebnisse weiterhin nach privatwirtschaftlichen Erfolgsmaßstäben geschieht und die damit verbundenen Kosten (Freisetzung und Dequalifizierung von Arbeitskräften) auf die Öffentlichkeit abgewälzt werden. Diese "Unsicherheit des sich auf der Grundlage privatwirtschaftlicher Entscheidungen vollziehenden Strukturwandels" führt dazu, daß "fortgesetzt die Probleme erzeugt (werden), deren Lösung heute ansteht" (Vorschläge, 639).

Der Deutsche Gewerkschaftsbund fordert deshalb "eine vorausschauende regionale und sektorale Strukturpolitik", die durch Institutionen einer gesamtwirtschaftlichen Mitbestimmung zu konzipieren und gegenüber unternehmerischen Gewinninteressen durchzusetzen ist (DGB-Vorschläge 8; 10). "Es ist nicht einzusehen, weshalb demokratisch strukturierte Branchenausschüsse und Wirtschafts- und Sozialräte diese (strukturpolitischen) Entscheidungen nicht mindestens mit gleichgroßer Sachkompetenz treffen können wie Privatunternehmer; belegen doch gerade die zugespitzten Probleme im Resultat privatwirtschaftlicher Entscheidungen der Vergangenheit die Notwendigkeit einer gesellschaftlichen Abstimmung für die Zukunft" (Vorschläge, 639).

Zum Schutz der Arbeitnehmer vor unsozialen Folgen des Strukturwandels und des technischen Fortschritts fordert der DGB, daß "eine zeitliche Streckung und vorübergehende Minderung von Rationalisierungsgewinnen im Interesse des Beschäftigungsziels" von den Unternehmen in Kauf genommen wird (DGB-Vorschläge, 24). Die damit geforderte Neuorientierung auch der Unternehmenspolitik, indem nämlich die Planung und Durchsetzung des Strukturwandels "von der Priorität privatwirtschaftlicher Rentabilität gelöst" wird (Vorschläge, 643), ist nur erreichbar durch den Einbau von Institutionen einer demokratisch strukturierten Planung in unsere Wirtschaftsordnung.

Bericht des Bundes christlicher Sozialdemokraten Schwedens ~ Bruderschaftsbewegung

1. Die Zusammenarbeit der Religiösen Sozialisten der skandinavischen Länder im Bund der christlichen Sozialdemokraten des Nordens

Die skandinavischen Verbände christlicher Sozialdemokraten halten eine enge Zusammenarbeit aufrecht. Vertreter der Verbände in Dänemark, Norwegen, Schweden und Finnland treffen sich regelmäßig zweimal jährlich. Eine nordische Sommertagung wird jährlich mit 100 bis 150 Teilnehmern veranstaltet. Die Tagung umfaßt Studien, politische Diskussionen und reichlich Zeit für geselliges Beisammensein.

Der norwegische Verband durchlebt gerade jetzt eine interne politische Debatte und eine Periode kraftvoller Umgestaltung und Ausdehnung. Die Kontakte mit den Gewerkschaften und dem Parteiapparat haben sich entwickelt. Man steht im Begriff, den Bau einer Volkshochschule zu starten. Die Planung hierfür ist sehr sorgfältig gehandhabt worden, und die Tätigkeit wird einen soliden Grund erhalten. Die Arbeiterbewegung in Norwegen ist schlecht versorgt mit Volkshochschulen. Ferner wurde die Zeitung modernisiert. Es ist gelungen, die Zeitung in bedeutend größerem Umfang als früher zu verbreiten. Die interne politische Debatte behandelt Vorschläge mit dem Ziel, den Verband zu einem bewußteren und schlagkräftigeren Instrument für politische Tätigkeit innerhalb der Sozialdemokratie zu machen.

In Finnland arbeitet der Verband der christlichen Sozialdemokraten von einer starken Vertrauensstellung in der Partei- und Reichstagsarbeit heraus. Die Mitgliederzahl ist gering, rund 500, aber der politische Einfluß erheblich. Der Verband stellt 16 Reichstagsmitglieder. Bei unserer letzten nordischen Besprechung in Finnland redete Staatsminister Kalevi Sorsa über das Thema "Sozialismus und Christentum" auf eine außerordentlich durchdachte und inspirierte Weise.

Der Verband in Dänemark hat eine Anzahl guter örtlicher Gruppen, aber er kämpft trotzdem mit großen Schwierigkeiten und Beschränkungen wirtschaftlicher und personeller Art.

Bei der diesjährigen Sommertagung wurde auf norwegische Initiative zu agitatorischen Zwecken ein Manifest angenommen. Dieses schließt sich nahe an die Gedankengänge an, die im kulturpolitischen Programm

des schwedischen Verbandes angeführt sind. Das Manifest erhielt folgenden Wortlaut:

1. Der Bund der christlichen Sozialdemokraten des Nordens ist aus der Arbeiterbewegung hervorgewachsen und hat seine Ziele und Arbeitsaufgaben innerhalb derselben.
2. Die christlichen Sozialisten im ganzen Norden können die Vision vom gleichen Wert aller Menschen am besten durch Tätigkeit innerhalb der Sozialdemokratie verwirklichen.
3. Zwei politische Hauptlinien stehen im Konflikt in der Gesellschaft: Das selbstsüchtige Eigeninteresse und der Wille zur Brüderlichkeit. Das selbstsüchtige Eigeninteresse ist der Träger der kapitalistischen Gesellschaftsauffassung, wo der Stärkere den Schwächeren ausnutzt. Der Wille zur Brüderlichkeit, die Haltung der Solidarität, ist der Träger des Sozialismus, wo die Mächtigen ihre Macht mit den Machtlosen teilen müssen.
4. Die Sozialdemokratie entscheidet sich für eine Menschenauffassung, die auf Freiheit und Bruderschaft gegründet ist. Dies bedeutet, daß Gegenstand der Menschenrechte in weitestem Umfang alles das ist, was die Menschen in gemeinschaftlicher Arbeit schaffen.
5. Der Sozialismus ist ein Kulturträger. Er kann nie anerkennen, daß einige sich auf Kosten anderer bereichern. Er kann nie Arbeitsbedingungen anerkennen, die manchen schaden, oder akzeptieren, daß die Lebensumwelt verdirbt. Er kann keine Unterdrückung der Rasse, des Glaubens oder politischer Ansichten wegen gutheißen. Die sozialistische Menschenauffassung sehen wir auf dem Gebiet der Politik als Ausdruck des Glaubens an Gottes Schöpfung.
6. Politische Planung und Verwaltung muß aufgrund einer sozialistischen Menschenauffassung erfolgen. Diese ist kritisch gegenüber jedem Bestreben, jetzt und in der Zukunft, das über andere Menschen hinweggeht, sowohl in nationaler als in globaler Perspektive.

Durch den Sozialismus kann der Traum von der qualitativ guten Gesellschaft verwirklicht werden. Dies geschieht bei uns nicht durch Gewalt, sondern durch eine demokratische Umgestaltung der Gesellschaft in Schritten, die das Volk in freier Wahl bestimmt. Die qualitativ gute Gesellschaft ist ein Bauwerk, in dem Lebenshaltung und Lebensqualität

in Einklang miteinander gebracht werden.

7. Der Kapitalismus ist Träger der Konkurrenzideologie. Diese schließt eine beständige Unterdrückung menschlicher Würde und Freiheit in sich. Dies gilt sowohl in der Arbeit wie in der Schule. Wir sind der Meinung, daß man nicht zulassen kann, daß die Besitz- und Gewinninteressen im Wirtschaftsleben dominieren. Die Verantwortung, die Verwaltung, die Kenntnisse und die Zusammenarbeit der Arbeitenden bedeuten viel mehr. Im Privatbesitz befindliche Produktionsmittel und die Einkünfte daraus sowie die private Macht über den Kapitalmarkt muß schrittweise unter demokratische Leitung und Kontrolle überführt werden.
8. Als Christen können wir nur eine gerechte und humane Gesellschaft, begründet auf Solidarität zwischen den Menschen, anerkennen. Dies bedeutet, daß diejenigen, die weniger menschliche und materielle Ressourcen haben, Anspruch auf einen größeren Anteil am Gesamtvermögen der Gesellschaft erhalten müssen.
9. Dieses Manifest definiert den Sozialismus als Gerechtigkeit. Der Traum von der gerechten Gesellschaft gibt uns stets neue Inspiration. Die Hoffnung auf Gerechtigkeit faßt die Bibel in einem Wort: "Frieden - Shalom" zusammen.

2. Die Aktivitäten der schwedischen Religiösen Sozialisten

Die Energiepolitik

In einem während des Sommers 1977 veröffentlichten Bericht formuliert der Vorstand des schwedischen Bundes ein energiepolitisches Programm in 10 Punkten. Die zwei letzten Kongresse haben die Energiepolitik eingehend diskutiert, und im Auftrag des Kongresses hat ein intensives Studium der energiepolitischen Fragen stattgefunden. Der Hintergrund ist, daß die mehrdimensionale moralische Bedeutung der Energiefragen bewußt geworden ist: Welche Grenze für unseren wachsenden Verbrauch sollen wir im Hinblick auf eine gerechtere wirtschaftliche Ordnung auf dem Erdball setzen und welche Rolle spielt die Energiepolitik dabei? Welche künftige Gesellschaft wollen wir haben? Führt ein stetiger Zuwachs an Gütern zu dem "Reich der Freiheit"? Wie sollen wir die negative Einwirkung des Öls bzw. der Atomkraft auf die Lebensumwelt jetzt und in der Zukunft beurteilen?

Man erkennt, daß die politische Planung einsehen muß, daß die Gesellschaft nach dem Maße des Menschen zu bauen ist. Es gibt eine Reaktion gegen Systeme und Technologien, die unüberblickbar und erschreckend werden und die, nachdem sie in die Gesellschaftsorganisation eingebaut worden sind, selbständig wirkende Kräfte werden und sich politischer Kontrolle entziehen.

Deshalb tritt man dafür ein, daß die Atomkraft ein begrenzter Abschnitt in der schwedischen Energieversorgung werden soll. Um den künftigen Energiebedarf befriedigen zu können, muß eine effektive Planwirtschaft ausgestaltet werden. Ein wirksames Energiesparprogramm ist notwendig. Weitgehende Anstrengungen müssen unternommen werden, um alternative Energiequellen zu entwickeln. Der Bund meint, daß dieses unabdingbar ist, wenn man, wie die Sozialdemokratische Arbeiterpartei (SAP) deklariert, die "Handlungsfreiheit in künftigen Entscheidungssituationen" bewahren will. Der Bericht ist mit großem Interesse innerhalb der Partei aufgenommen worden.

Schwedens Frieden - und der Weltfrieden

Seit dem zweiten Weltkrieg hat keine verteidigungspolitische Grundsatzzdiskussion in Schweden stattgefunden. Daß die Glaubwürdigkeit der schwedischen Allianzfreiheit eine starke militärische Verteidigung fordert, ist ein nicht in Frage gestellter Glaubenssatz geworden.

Die Frage hat uns beunruhigt. Wir haben doch althergebrachterweise eine Skepsis gegen Waffen als politisches Instrument. Wir haben auch eine aktive pazifistische Kritik besonders von seiten der christlichen Sozialisten an dem Militarismus geübt.

In dem verteidigungspolitischen Programm "Schwedens Frieden - und der Weltfrieden", das im Sommer 1976 angenommen wurde und das wir jetzt versuchen in die Partei einzuführen, bestehen wir darauf, daß die schwedische Sicherheitspolitik anderen Tatsachen größere Bedeutung im Vergleich zu der jetzigen Rolle der schwedischen Militärmacht zu messen muß. Eine Umverteilung der Einsätze muß zu Gunsten einer rationalen allianzfreien Politik erfolgen, die auf Bestrebungen gestützt ist, zum Frieden, zur Abrüstung und zur Entwicklung sozialer Gerechtigkeit beizutragen. Wir erkennen das Erfordernis einer Volksverteidigung an. Jedoch argumentieren wir gegen die Entwicklung von unheimlich kostspieligen Waffensystemen und Waffenträgern. Die Zuteilung von

Mitteln für militärische Einsätze zwingt zu moralischen Stellungnahmen, wo der Anspruch auf eine gerechte internationale Wirtschaftsordnung sich geltendmacht.

Die allchristliche Reichstagung 1977

Die christliche Reichstagung 1977 nahm durch eine ihrer Sektionen eine Anzahl weitgehende Deklarationen an, die politische Handlungslinien ausdrücken, für die wir als christliche Sozialisten seit langem argumentiert haben. Es ist bemerkenswert festzustellen, daß das aufgeklärte christliche Gewissen in politischen Fragen eine Sprache anwendet, die mit der tatsächlichen Verankerung der schwedischen Christenheit in bürgerlichen Parteien nicht mehr übereinstimmt.

Unter den jüngeren Gruppen findet eine offenbare Radikalisierung statt. Aber da die Kirchen als Kollektiv in einer bürgerlichen und antisozialistischen Haltung befangen sind, wirkt dieser Aufbruch verwirrend. Man besitzt keine Kenntnisse von der Arbeiterbewegung. Man entbehrt auch persönlicher Anknüpfungspunkte.

Hier arbeiten wir daran, so konkret wie möglich dieses neue Bewußtsein in fruchtbare sozialistische Bahnen zu leiten.

Stellungnahme der Bochumer Gruppe der Gemeinschaft für Christentum und Sozialismus - Bund der Religiösen Sozialisten Deutschlands e. V. zur Erklärung des Rates der EKD über Terrorismus

Die Erklärung des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland vom 16.9.1977 enthält über ihren aktuellen Anlaß hinaus grundsätzliche Äußerungen zum Verhältnis von Kirche und Staat, die gerade nach den Ereignissen der vergangenen Wochen zu einer Stellungnahme herausfordern.

1. Wir vermissen die kritische Distanz zum Staat, die wir von einer Kirche, die von Gottes Reich, Gottes Gebot und Gerechtigkeit redet, erwarten.

Bei allem Verständnis für die Absicht des Rates der EKD, der Regierung unseres Staates in der ethisch und menschlich überfordernden Situation der Erpressung zur Seite zu stehen, wenden wir uns entschieden gegen eine unkritische Bejahung unseres Staates.

Es gibt zu denken, wenn in einer kirchlichen Stellungnahme als zentrales Attribut des Staates in positiver Wertung die Bestimmung "stark" auftritt. Stärke an sich, ohne daß genauestens und eher zuviel als zuwenig mißtrauisch gefragt wird, worauf sie aus ist und was sie soll, ist eine Kategorie, die vom biblischen Wort her in keiner Weise befürwortet werden kann. Die biblische Botschaft richtet sich immer wieder unüberhörbar dagegen, daß weltliche Instanzen, zumal weltliche Autoritäten, eine Position beanspruchen, die allein Gott zusteht. Warum fällt in einer kirchlichen Stellungnahme als zentrales Attribut des Staates nicht viel eher die Bestimmung "gerecht" und "demokratisch"?

Wer heute vom "starken Staat" redet, muß sich über die Konsequenzen klar sein. Vom "starken Staat" bis zur "Politik der Stärke" ist nur ein Schritt. Wir können als Christen eine zur Zeit bedenkliche Praxis der Gesetzgebung und Polizeigewalt nicht kritiklos als "angemessen" bezeichnen.

2. Die terroristischen Gewaltakte der letzten Monate haben in erschreckender Weise deutlich gemacht, zu welcher Lebensverachtung und Grausamkeit Menschen fähig sind.

Für die Kirche bedeutet das eine erneute und verschärfte Herausforderung, sich ihrem Auftrag zuzuwenden, indem sie für die unverlierbare Würde eines jeden Menschen eintritt. Ihr Auftrag ist nicht, dem Staat Gefolgschaft zu bekunden, sondern das Drängen auf Verwirklichung christlicher Grundwerte. Damit schafft sie einen Maßstab, an dem auch staatliches Handeln beurteilt werden muß.

Ist es Aufgabe der Kirche, ^{zur} Hoffnung auf das Reich Gottes und zur Liebe innerhalb unserer Gesellschaft zu ermutigen, so muß sie aller Mißachtung menschlichen Lebens (Gewaltkriminalität, Ruf nach Todesstrafe...) und aller Gewalttätigkeit, aber auch allem Lebensüberdruß und aller Resignation entgegentreten. Die Gesinnung der Lebensverachtung ist nicht auf den Kreis der Terroristen beschränkt, sondern findet sich auch in verschiedenen politischen Überzeugungen in unserer Gesellschaft.

3. Wir erleben in unserer Gesellschaft Ablehnung und Verständnislosigkeit gegenüber Menschen und Denkweisen, die eine gerechtere Gesellschaft und einen Staat auf Grundlage einer demokratischen und selbstbestimmten Organisation der Arbeit anstreben. Veränderungen in dieser

Richtung geschehen, wenn überhaupt, nur in unzureichendem Maße. Statt dessen wird die gegenwärtige Verunsicherung unserer Mitbürger mißbraucht, indem berechtigte Kritik des Status quo, alternative politische Perspektiven und Hoffnungen sowie kritische Intelligenz überhaupt in die Nähe des Terrorismus (Sympathisanten) gerückt werden.

Wir fordern die Verantwortlichen der Kirche auf, an die Hoffnung des Reiches Gottes, Gottes Gebot und Gerechtigkeit nicht nur zu erinnern, sondern deutlicher für ein gerechteres Gemeinwesen einzutreten, kritischer dem Bestehenden gegenüberzustehen und damit ein Zeichen der Hoffnung zu sein.

Wir fordern insbesondere den Rat der EKD auf, dem rachsüchtigen Ruf nach Vergeltung (Todesstrafe) entgegentreten und einen Weg der Versöhnung zu weisen. Versöhnung bedeutet nicht, Konflikte und Widersprüche durch staatliche oder öffentliche Gewalt zu unterdrücken, sondern offen und sachlich auszutragen. Der Rat der EKD sollte dazu ermutigen, sich notwendigen Auseinandersetzungen um die Zukunft unserer Gesellschaft zu stellen.

Spendenaufruf zur Finanzierung dieser Zeitschrift

Die Gemeinschaft für Christentum und Sozialismus - Bund der Religiösen Sozialisten Deutschlands e. V. hat das Postscheckkonto Nr. 1893 89 - 464 beim Postscheckamt Dortmund eröffnet. Wir bitten alle Bezieher von "Christ und Sozialist", die den Bezugspreis für 1977 in Höhe von DM 15,-- zuzüglich DM 1,20 Versandkosten noch nicht bezahlt haben, den Betrag von DM 16,20 auf das neue Konto zu überweisen. Auch die Mitglieder des Bundes, die ihren Mitgliedsbeitrag für das Jahr 1977 noch nicht entrichtet haben, werden gebeten, den Beitrag auf das angegebene Konto einzuzahlen.

Das Geschäftsführende Präsidium des Bundes und die Redaktion der Zeitschrift bitten die Mitglieder des Bundes und die Leser von "Christ und Sozialist" darüber hinaus um eine besondere Spende. Die noch fortdauernde Auseinandersetzung mit dem früheren geschäftsführenden Präsidenten des Bundes und Verleger der Zeitschrift, über die in "Christ und Sozialist", Heft 2/1977, berichtet wurde, führt zu besonderen finanziellen Belastungen, die aus den bisher eingegangenen Beiträgen und Bezugsgeldern nicht getragen werden können. Urteile in den Gerichts-

verfahren, die der frühere geschäftsführende Präsident und Verleger der Zeitschrift gegen das im Juni 1977 gewählte Geschäftsführende Präsidium angestrengt hat, sind bisher nicht ergangen; die Kosten der Rechtsberatung müssen jedoch jetzt schon von uns vorfinanziert werden.

Das Finanzamt Bochum hat inzwischen der Gemeinschaft für Christentum und Sozialismus - Bund der Religiösen Sozialisten Deutschlands e. V. besonders förderungswürdige gemeinnützige Zwecke und damit die Steuerfreiheit von Spenden bestätigt. Spendenbescheinigungen zur Vorlage beim Finanzamt werden den Spendern alsbald zugeleitet.

Günter Ewald

Jürgen Finner

Siegfried Katterle

BUCHBESPRECHUNGEN / BUCHANZEIGE

Friedrich Heiler

Die Frau in den Religionen der Menschheit (Theologische Bibliothek Töpelmann, Bd. 33), Verlag Walter de Gruyter, Berlin 1977, 194 Seiten, DM 38,--

Unter dem Titel "Die Frau in den Religionen der Menschheit" hat Anne Marie Heiler ein knappes Jahrzehnt nach dem Tode ihres Mannes ein wichtiges Werk der vergleichenden Religionsgeschichte herausgegeben. Es handelt sich um die Vorlesungen zum Thema "Frau und Religion", die F. Heiler in mehr als 40 Jahren seiner Lehrtätigkeit als Religionswissenschaftler in Marburg und nach seiner Emeritierung in München wiederholt gehalten hat. 1920 hatte er in Marburg mit dem Thema "Madonnenkult" begonnen, im Laufe der Jahre aber immer stärker die Rolle der Frau in den Religionen der ganzen Menschheit in die Vorlesung wie in die Thematik seiner Seminare einbezogen. Als Ergebnis liegt nun eine gut lesbare, umfassende Gesamtschau von hohem wissenschaftlichem Rang vor.

"Die Frau ist immer die beste Freundin der Religion gewesen, aber die Religion keineswegs immer die beste Freundin der Frau". Dieses Urteil des Indologen Moriz Winternitz zitiert Heiler im Vorwort des Buches. In drei großen Schritten durch die gesamte Religionsgeschichte belegt er diesen Satz mit einer Fülle von Material. Der erste Schritt führt in die Welt der Stammesreligionen und in die Antike, der zweite in die Weite der asiatischen Religionswelt und der dritte schließlich durch die Geschichte des Christentums.

Die ursprüngliche Funktion der Frau ist die des Helfens und Heilens. Die Frau ist "Ärztin", Medizinfrau und Zauberin im germanischen wie im mediterranen Raum; sie ist Seherin und Weissagerin, und in weiten Kulturbereichen wirkt sie als Schamanin (Sibirien, China). Als Kultpriesterin der "Großen Mutter" genießt sie hohes Ansehen, als Hüterin des heiligen Herdfeuers hat sie bei den Römern wie in Mexiko und in Zentralafrika ein wichtiges Amt inne. Als Hierodule wie als asketische Jungfrau sichert sie durch ihr Keuschheitsopfer auf magische Weise die Lebenskraft des Volkes und die Fruchtbarkeit der Natur. Die Frau ist konservativer als der Mann. Als Hüterin alter Glaubensformen und Priesterin überwundener Götter wird sie in Zeiten des kulturellen Umbruchs aus der Öffentlichkeit verdrängt und zur Hexe gestempelt.

Die Volks- und Universalreligionen (Indien, Judentum, Islam) haben die Frau unterdrückt. Ausnahmen; hinduistische und buddhistische Mystik (hier besonders die Nonnen-Mystik) und weibliches Prophetentum im alten Israel.

Das Christentum ist eine einzige Geschichte des Niedergangs der Frauenrolle. Jesu uneingeschränkte Hochschätzung der Frau bildet einen einmaligen Höhepunkt der Religionsgeschichte. Schon Paulus, noch mehr die Kirchenväter und die scholastischen Theologen schränkten Wert und Würde der Frau und damit ihre kirchliche Tätigkeit mehr und mehr ein. In den Sekten (Gnostiker, Montanisten) blieben die weiblichen Ämter (Bischöfe!) erhalten.

Der Prozeß der kirchlichen Entrechtung der Frau vollzieht sich gleichwohl nicht ohne Widerspruch. Mit viel Liebe zeichnet Heiler diese Entwicklung nach. Die urkirchlichen Ämter (Prophetie, Lehre, Leitung der Hausgemeinde, Caritas), im Laufe der Zeit auf Witwen- und Diakonissenamt reduziert, sind Bastionen der Gleichberechtigung der Frau, die auch heute noch verpflichten und der neuzeitlichen Emanzipationsbewegung Impulse zu geben vermögen. Der Lobpreis der Maria Magdalena in den frühen Jahrhunderten, vor allem aber die Verehrung Marias als Gottesmutter durch die Jahrhunderte bergen einen emanzipatorischen Kern, den es neu zu entdecken gilt. Die Frauenverehrung im Minnesang, die Marienminne bei H. Seuse und die mittelalterliche Frauenmystik brachten eine "tiefere und reinere Erfassung der Frau als Selbstwert und Persönlichkeit" (165), die auch im protestantischen Christentum (von Luther bis Schleiermacher) nicht übertroffen wurde.

Es ist Heilers großes Verdienst, mit diesem Werk unserer von einer Männerkirche (und Männergesellschaft) geprägten Epoche das urchristliche "Hier ist nicht Mann noch Weib" eindringlich ins Gedächtnis gerufen zu haben.

Heinz Röhr

Reinhard Gaede

Kirche - Christen - Krieg und Frieden. Die Diskussion im deutschen Protestantismus während der Weimarer Zeit, Ev. Verlag Herbert Reich, Hamburg-Bergstedt 1975, 129 Seiten, DM 12,-

Gaedes Arbeit ist ein Glücksfall theologie- und sozialgeschichtlicher Forschung. Mit der hingebungsvollen Bemühung um das historische und literarische Detail verbindet sich der große Atem einer hinreißenden Gesamtschau.

Die Arbeit hat drei Teile: Der gewichtigste, inhaltsreiche Teil A umfaßt in 6 Kapiteln die Darstellung der kirchlichen und politischen Zeitgeschichte nach 1918, soweit sie von der Thematik Krieg und Frieden bestimmt ist. Ausgehend von einer Analyse der August- und der Dolchstoßlegende schildert Gaede das leidenschaftliche Gegeneinander im Streit um die "religiöse Deutung des Weltkrieges". G. Traub ("Eiserne Blätter") und M. Rade ("Christliche Welt"), gleich zu Beginn des Buches als führende Kontrahenten treffend charakterisiert, begegnen dem Leser immer wieder auf den folgenden Seiten. Der eine vertritt die national-konservative These vom Unglück der Revolution als der "Mutter der Republik", hetzt gegen "Kriegsschuldlüge" und betet um das Gottesgeschenk eines neuen Bismarck. Der andere, Schwager Naumanns, eine edle Theologengestalt, ein redlicher Denker und leidenschaftlicher Anwalt der Wahrheit (hierin neben W. Herrmann und R. Otto sicher die reinste Verkörperung Marburger theologischer Tradition) ist unermüdlich in der Entlarvung jeder Kriegsverherrlichung wie im Kampf gegen politische Abstinenz und Republikverdrossenheit. Kaum einer in der neueren theologiegeschichtlichen Forschung (vielleicht außer J. Rathje und W. Bredendiek) hat bisher so wie Gaede das Hohelied dieses braven Mannes angestimmt. Gaede unterstreicht vor allem seinen Beitrag zu einer theologischen Ideologiekritik. Hier steht Rade m. E. Troeltsch in nichts nach. Dies bewußt zu machen, ist eines der Verdienste von Gaedes Arbeit. Dagegen haben die Traub, Kübel, Döhring, Schreiber, die Stahlhelmpastoren und Fronttheologen unsagbares Unheil angerichtet.

Die Leistungen des liberalen Protestantismus, des Religiösen Sozialismus und der dialektischen Theologie in der Friedensfrage erfahren eine ausgewogene Darstellung. Freilich spürt man den Herzschatz des Verfassers am stärksten, wo er über den Beitrag zur Antikriegsdebatte aus dem Bereich der religiös-sozialistischen Bewegung redet: Z. B. über Ragaz - wie eigentlich nur noch bei Siegmund-Schultze, dem großen Einzelkämpfer in Sachen Frieden und internationaler Verständigung, dem Gaede noch

persönlich begegnet ist.

Das aufregendste Kapitel (das II. im Teil A) ist für mich die Darstellung des Versailler Vertrages und seiner Folgen, jenes "Zwangsfriedens", "Gewaltfriedens", "Schandfriedens", wie er in der nationalprotestantischen Agitation genannt wird. F. W. Foerster als Vertreter der These von der "Hauptschuld" der Deutschen und wieder M. Rade und F. Siegmund-Schultze mit ihrer These von der deutschen "Mitschuld" (neben der vom Panslawismus verstärkten russischen Ländergier und der französischen Revancheidee) werden eindringlich vorgeführt. Gaede stellt resümierend fest: "Anders als die Amtskirche, die eine 'sittliche Schuld' ausschloß, war die christliche Friedensbewegung bereit, bequeme Auskünfte über die Kriegsursachen zu hinterfragen ... Die kirchenamtliche Auskunft von der Unschuld Deutschlands rechnete den Feinden als Verworfenheit zu, was im eigenen Volks als berechtigt galt und religiös begründet wurde. Denn die sich über den Versailler Vertrag empörten, hatten die eigene Annexionspropaganda und den Frieden von Brest-Litowsk dabei vergessen" (65). Zulange spukte in den deutschen Hirnen der Satz von Kaiser Wilhelm vom 4. August 1914: "In aufgedrungener Notwehr mit reinem Gewissen und reiner Hand ergreifen wir das Schwert".

Gaede bewegt sich mit Recht nicht nur innerhalb der theologischen Bewertung, er bringt das Urteil des Historikers (H. Kantorowicz) ebenso ein wie die Bemühungen der außerkirchlichen Friedensbewegung (Deutsche Friedensgesellschaft, A. H. Fried), die übrigens in diesem Jahr ihren 85. Geburtstag beging.

Ähnlich aufregend ist das Ringen um den Völkerbund, die Rüstungspolitik, speziell um den "Panzerkreuzervolksentscheid". Auch im religiös-sozialistischen Lager scheiden sich die Geister, trotz der eindeutigen Festlegung auf dem Mannheimer Kongreß (August 1928).

Eine "Geschichte der bekannten Fälle" (Grosz, Dehn, Baumgarten) schließt den Teil A ab.

Teil B bringt eine "systematische Wertung der Argumente". Er enthält den Streit um die Bibel und um die Einschätzung der Wirklichkeit. Es geht um die Rede vom "Recht des Krieges" auf dem Hintergrund des biblischen Befundes, wie z. B. um den Versuch, von einer angeblichen Bewaffnung der Jüngerschar Jesu auf eine generelle Wehrbereitschaft des Christen zu schließen. Es war wieder einmal Rade, der dem Gefasel vom

gottgewollten Krieg eindeutig Schranken setzte; "Krieg ist nicht ohne Gottes Willen, aber er ist nicht der Wille Gottes", Aber Großmachtträume und Militärstaatsdenken erwiesen sich schließlich als stärker. Diesen Ideen kam aus dem Bereich der Theologie eine "neue konservative Romantik" (98) zu Hilfe. R. Seeberg, P. Althaus und E. Hirsch bereiteten durch ihre Idealismusrezeption und ihr Eingehen auf ein unkritisches Organismusdenken vieles von dem vor, was dann in den dreißiger Jahren als Volkstumsideologie, Führerkult und Kriegsverherrlichung neu aufbrach. Stapels Rede vom "Volksnomos" gab den Rest. Die mythische Bindung an Blut, Boden und die soziale Gruppe verdrängte sowohl die "Ethik des Prophetischen" wie die "Rationalität der Aufklärung", wie Gaede im Anschluß an Tillich richtig herausstellt (100). Damit war der Sieg des Sozialdarwinismus über jede rationale Konfliktregelung perfekt!

Unter der Überschrift "Der Friede als Lebensordnung" (Teil B, Kapitel II, 3) zeichnet Gaede die Entwürfe und Ansätze einer evangelischen Friedenstheologie nach. O. Dibelius' Buch "Friede auf Erden" (1929) wird als Unterstützung der religiös-sozialistischen Warnung "lutherischer Kriegsromantik" (102) gewürdigt. K. Barth bejahte noch 1922 das relative Recht einer (aufgeklärten) Friedensutopie, um sich dann aber wieder auf des Menschen schlechthinnige Unfähigkeit zu Freiheit und Liebe zurückzuziehen. Diesen "Pessimismus" kritisierte Ragaz zu Recht. (Die Bemerkungen Gaedes zur Diskussion Barth - Ragaz sind ungemein erhellend.) Über Tillich und A. D. Müller setzt Gaede die Reihe der Versuche "religiös-sozialistischer Wirklichkeitserfassung" (105) bis zur Friedensethik Bonhoeffers fort, die später als "Magna Charta einer Theologie der Ökumene" bezeichnet wurde. Diese Ahnenreihe mag den Uneingeweihten überraschen. Uns Religiösen Sozialisten ist sie längst geläufig. Möge sie allen, die irgendwie mit Theologie oder Friedenserziehung zu tun haben, in Fleisch und Blut übergehen.

Mit Bonhoeffer lenkt Gaede zum "Weltbund für internationale Freundschaftsarbeit der Kirchen" zurück. Es folgen andere Bewegungen mit ähnlicher Zielsetzung: Die Rambaud-Bewegung (1920), R. Ottos "Religiöser Menschheitsbund" (1921), der "Internationale Versöhnungsbund" (1923) und schließlich noch einmal die Leitsätze des Religiösen Sozialismus.

Teil C ("Interpretationsanalyse") faßt kurz zusammen, was an Elementen friedensfördernder Traditionen und an Kritikpunkten friedensfeindlicher Ideen und Strömungen in diesem Jahrhundert für eine künftige Friedensstrategie von Bedeutung ist.

Die Arbeit ist stets auf der Höhe der modernen Friedensforschung. Die Literatur aus den Bereichen Theologie und Politik, Pfarrer und Politik, Religiöser Sozialismus usw. ist vollständig eingearbeitet. Vor allem die zeitgenössische Zeitschriftenliteratur ist fleißig beigezogen; eine Liste von über 60 Zeitschriften gibt hierüber Auskunft. Das Buch gehört in die Hand jedes an Friedensarbeit und Friedenserziehung Interessierten. Darüber hinaus eignet es sich bestens als Lese- und Arbeitsbuch zur neueren Kirchengeschichte. Nächste dem Verfasser gilt der Dank dem Verleger, der sein Engagement in Sachen Frieden und sozialem Fortschritt aus dem Geiste des Evangeliums mit diesem Werk erneut unterstreicht.

Heinz Röhr

Günter Wallraff

Der Aufmacher. Der Mann, der bei "BILD" Hans Esser war, Verlag Kiepenheuer & Witsch, Köln 1977, 240 Seiten, DM 16,80

Seit Jahren macht der Kölner Schriftsteller Günter Wallraff mit seinen Enthüllungen undemokratischer Praktiken in Industrie und Gesellschaft von sich reden. Dieses Mal schlüpfte er für fünf Monate in die Rolle eines Reporters (Pseudonym: Hans Esser) bei BILD in Hannover.

Enttarnung geistiger Gewalt ist das Ziel dieser Sammlung von Erlebnissen und Eindrücken bei der BILD-Redaktion. Was meint Wallraff mit geistiger Gewalt? Er dokumentiert, wie Springers Meinungsmacherimperium willkürlich Geschichten produziert, um die Wirklichkeit nach seinem Bild zu formen. Zum Alltagsbild dieser Art von "journalistischer" Tätigkeit gehört, daß Menschen bewußt getäuscht, diffamiert oder zynisch verhöhnt werden. Als Beispiel für viele steht das sogenannte "Merkblatt für Selbstmörder" von BILD, herausgegeben für alle, "die sicher gehen wollen, daß ihre Verzweiflungstat von BILD beachtet wird". Da heißt es u. a.: "Wählen Sie eine 'interessante' Todesart: Selbstgebastelter Elektrischer Stuhl zum Beispiel". Am

Schluß der "Hinweise für die Hinterbliebenen: Pro Foto gibt es im Schnitt 45 Mark. Wird der Freitod Seitenaufmacher, kommt noch ein Zeilenhonorar von rund 100 Mark dazu". Dieses Zitat macht die Unmenschlichkeit der BILD-Macher deutlich.

Die BILD-Opfer sind meist 'kleine Leute', die wehrlos dieser Meinungsmaschine ausgeliefert sind und, ironischerweise, auch die für BILD arbeitenden "Journalisten", die, unter unsagbarem Erfolgsstreß stehend, das schreiben müssen, was der Chefredakteur als örtlicher Vertreter der Springerhierarchie drucken lassen will. Dem Chefredakteur kommt es anscheinend nicht auf Wahrheit in der Berichterstattung oder auf genaues Recherchieren an, sondern allein auf die Steigerung der Auflage und die Aufrechterhaltung der heilen BILD-Welt.

Wallraff selbst kann sich nach einiger Zeit nicht ganz dem bei BILD herrschenden geistigen Klima der Unterdrückung und Anpassung entziehen, und er beginnt, ähnlich zynisch und skrupellos zu denken wie seine roboterhaft funktionierenden Kollegen. Am Ende seines Buches muß er gestehen: "Anfangs dachte ich noch, ich schaffe BILD, immer häufiger befürchte ich jetzt, BILD schafft mich".

Wallraff verdient unsere volle Unterstützung, wenn er in seinem Buch die BILD-Opfer dazu auffordert, sich zu wehren, denn nur aktive Gegenwehr im Zusammenwirken mit einer starken gewerkschaftlichen Gegenmacht kann es fertigbringen, die Pressemacht Springers zu brechen, der sich weder der niedersächsische Ministerpräsident noch der sozialdemokratische Oberbürgermeister von Hannover entziehen können oder wollen.

Walter Grudszus

Günter Ewald (Hrsg.)

Religiöser Sozialismus. Urban-Taschenbücher 632, Verlag W. Kohlhammer, Stuttgart 1977, 147 Seiten, DM 12,--

Dieses Taschenbuch enthält die Referate und Diskussionsgrundlagen der Tagung über "Politische Dimensionen des Glaubens: Vergangenheit und Zukunft des Religiösen Sozialismus", die im Januar 1976 im Haus Lerbach, Bergisch Gladbach, stattfand.

Mit dieser Tagung suchte die Bochumer Gruppe der Religiösen Sozialisten zum ersten Mal einen größeren Kreis anzusprechen und eine breite Diskussion über die Quellen des Religiösen Sozialismus und ihre Bedeutung für unsere Zeit ingangzusetzen. In dem Band finden sich nach einer Einführung des Herausgebers Referate über Christoph Blumhardt (Joh. Harder), Leonhard Ragaz (H. U. Jäger und G. Ewald), Wilhelm Hohoff (K. Kreppel) und über Karl Barths Kritik des Religiösen Sozialismus (U. Dannemann). Der letzte Teil des Bandes enthält Anstöße zur Konkretion des religiös-sozialistischen Erbes in der Gegenwart von Joh. Harder und R. Reitz sowie die "Vorläufigen Leitsätze für die Arbeit des Bundes der Religiösen Sozialisten". Das Taschenbuch dürfte nicht nur den Teilnehmern jener wichtigen Tagung, sondern allen Lesern dieser Zeitschrift willkommen sein.

Siegfried Katterle

Autoren dieses Heftes

Prof. Dr. Günter Ewald, Aeskulapweg 18, 4630 Bochum

Dr. Reinhard Gaede, Laarer Straße 297, 4900 Herford

Walter Grudszus, Tremsenweg 2, 4440 Rheine

Prof. Johannes Harder, Am Aspe 8, 6490 Schlüchtern 8

Prof. Dr. Siegfried Katterle, Eisenstraße 6, 4800 Bielefeld 14

Prof. Dr. Heinz Röhr, Winterbachstraße 30, 6000 Frankfurt/M. 1

